

# E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND  
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND  
COOPERATION

E+Z

D+C

Internationale  
Zeitschrift

ISSN  
2366-7249

Oktober 2020

## ASIATISCHE RIESEN

China kommt seit  
langem schneller  
voran als Indien

## SOZIOLOGIE

Entwicklung erfordert  
gemeinwohlorientierte  
funktionale Differenzierung

## KOMMUNALPOLITIK

Lehren aus erfolgreicher  
Kooperation von Kapstadt  
und Aachen



# Nachhaltigkeit und Finanzwesen

## Monitor

Minister Gerd Müller fordert zum Umdenken auf | Neues Buch beleuchtet  
Veränderungen in der internationalen Zusammenarbeit | Heutzutage: Aufarbeitung der  
blutigen Geschichte Guatemalas | Impressum 4

## Debatte

Kommentare zum Umsturz in Mali, dem auf 2021 vertagten afrikanisch-europäischen  
Gipfel und dem weltweiten Engagement für Demokratie 7

## Tribüne

**PRAVEEN JHA**  
Kommunistisches China schlägt formal demokratisches Indien 10

**GESPRÄCH MIT ANNA-KATHARINA HORNIDGE**  
Funktionale Differenzierung: Die Spannung zwischen Vielfalt und Gemeinwohl 13

**GABRIELE SCHÜTZ-LEMBACH UND ULRIKE DEVERS-KANOGLU**  
Die positiven Effekte kommunaler Austauschprogramme 15

## Schwerpunkt: Nachhaltigkeit und Finanzwesen

**IFEYINWA UGOCHUKWU**  
Warum Unternehmen auf soziale, ökologische und finanzielle Nachhaltigkeit achten  
müssen 18

**KATHRIN BERENSMANN**  
Für den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft braucht es einen Finanzsektor,  
der die SDGs und den Pariser Klimavertrag ernst nimmt 19

**MONIKA BECK**  
Wegen Corona ist die Finanzierung nachhaltiger Entwicklung wichtiger denn je 22

**JOSÉ SIABA SERRATE**  
Argentinien ist der Zahlungsunfähigkeit durch Umschuldung entkommen 24

**INTERVIEW MIT DEREJE ALEMAYEHU**  
Afrikanische Regierungen müssen Produktivität steigern, Nachhaltigkeit ansteuern  
und Staatsfinanzen in der Balance halten 26

**LENY VAN OIJEN UND CHRISTIAN PENDA EKOKA**  
Warum pauschaler Schuldenerlass selbst in einer Pandemie nicht sinnvoll ist 28

**KATJA DOMBROWSKI**  
Studie bescheinigt Privatbanken Verantwortungslosigkeit in Bezug auf Klima 29

## Covid-19-Tagebuch

Lernstopp für Millionen Kinder weltweit | Sambias informeller Sektor leidet |  
Menschen in Konfliktländern nicht im Stich lassen | Politische Repression  
während Simbabwe Lockdown 30

## SCHWERPUNKT

# Nachhaltigkeit und Finanzwesen

## Übergang zu nachhaltiger Wirtschaft

Unternehmer müssen die Folgen ihres Handelns auf Gesellschaft und Umwelt berücksichtigen und für finanzielle Nachhaltigkeit sorgen. Mit dieser Intention fördert die nigerianische Tony-Elumelu-Stiftung afrikanische Gründer, schreibt Geschäftsführerin Ifeyinwa Ugochukwu. Auch der Finanzsektor muss seinen Beitrag für den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft leisten, fordert Kathrin Berensmann vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE). Dafür müssten die Kriterien für nachhaltige Finanzprodukte klar definiert und international abgestimmt sein. **SEITEN 18, 19**

## Digitalisierung ausbauen

In Zeiten der Corona-Pandemie ist es umso wichtiger, eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zu unterstützen. Wie der Entwicklungsfinanzierer DEG dies umsetzt, erklärt Geschäftsführerin Monika Beck. **SEITE 22**

## Zeit gewonnen

Argentinien ist der Zahlungsunfähigkeit, die wegen seiner massiven Auslandsschulden drohte, entgangen. Dennoch ist eine nachhaltige Lösung der Schuldenprobleme noch immer nicht in Sicht, bedauert José Siaba Serrate, Volkswirt an der Universität von Buenos Aires. **SEITE 24**

## Entwicklungsstrategien nötig

Afrikanische Regierungen stehen vor schweren Aufgaben: Sie müssen die Produktivität ihrer Volkswirtschaften steigern, sie auf Nachhaltigkeit ausrichten und zugleich die Staatsfinanzen stabil halten. Dereje Alemayehu von der Global Alliance for Tax Justice sagt im E+Z/D+C-Interview, afrikanische Regierungen bräuchten umfassende Entwicklungsstrategien. Ein günstiges internationales Umfeld sei hilfreich. **SEITE 26**

## Auf Schuldenqualität achten

Selbst in einer globalen Pandemie ist pauschaler Schuldenerlass nicht sinnvoll. Entscheidungsträger müssen auf die Qualität von Schulden achten, betonen die Entwicklungsberater Leny van Oijen und Christian Penda Ekoka. Wenn aus früheren Erfahrungen keine Lehren gezogen werden, drohen immer wieder neue Überschuldung und Streckenbleiben in Armut. **SEITE 28**

# Ohne Ethik keine Nachhaltigkeit

Die beiden Begriffe „financial sustainability“ und „sustainable finance“ klingen ähnlich, bedeuten aber nicht dasselbe. Beim ersten geht es um die langfristige Zahlungsfähigkeit einer natürlichen oder juristischen Person. Der zweite benennt dagegen eine Nische in der Finanzwirtschaft, die auch „ethisches Investment“ oder in letzter Zeit „ESG-Investment“ heißt. Die drei Buchstaben stehen für die Berücksichtigung ökologischer, sozialer und politischer Folgen (environmental, social and governance impacts).

Die Fachwelt hat die beiden Begriffe bislang kaum miteinander verbunden, aber das ändert sich angesichts der dramatischen Folgen der globalen Erhitzung. Offensichtlich sind die verheerenden Kosten von Stürmen, Fluten, Dürren, Waldbränden und so weiter nicht im Marktgeschehen eingepreist. Auch die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung erfasst sie nicht. Sie wertet Reparaturausgaben generell als Wachstum, weist aber irreparable Schäden kaum aus.

Zentralbanken befürchten mittlerweile, dass extreme Klimaentwicklungen potenziell die Stabilität des Finanzsystems bedrohen (siehe Hans Dembowski im Monitor des E+Z/D+C e-Papers 2020/03). Katastrophen werden häufiger und schlimmer, aber die Risikomodelle der Finanzinstitute sind dafür blind, denn sie beruhen auf Erfahrungsdaten, die der sich schnell wandelnden Umwelt nicht mehr entsprechen. Zentralbanker wissen, dass systematisch unterschätzte Risiken gefährlich sind. Die Finanzkrise von 2008 entstand, weil Banken Hypothekenrisiken in den USA bewusst unsichtbar gemacht hatten.

Es wird immer deutlicher, dass Investitionen ohne Rücksicht auf ESG-Folgen schlicht unverantwortlich sind. Sie vernachlässigen zu erwartende Schäden. Bleiben andere auf den Kosten sitzen, wird deren Zahlungsfähigkeit unterhöhlt. Müssen aber die Verursacher selbst irgendwann haften, ist ihre Zahlungsfähigkeit bedroht.

Die Corona-Pandemie zeigt, wie heftig externe Schocks sein können. Lockdown-Maßnahmen bremsen nicht nur die Viren-Ausbreitung, sondern auch Firmenumsätze. Wenn obendrein noch Arbeitsplätze verlorengehen und die Kaufkraft sinkt, geht es noch schneller bergab. Ungestörte Marktdynamik führt dann in eine tiefe Depression. Staatsausgaben – zum Beispiel für soziale Sicherung und Unternehmenssubventionen – können das verhindern.

Die Weltwirtschaft hat sich von der Finanzkrise 2008 nie komplett erholt. Die niedrigen Zinsen sind ein Symptom. Viele lasten sie den Zentralbanken an, die mit billigem Geld die Wirtschaft stimulieren wollen. Das grundlegende Problem sind aber niedrige langfristige Zinsen, die vom Marktgeschehen und nicht den Zentralbanken bestimmt werden. Weil Privatinvestoren seit Jahren besonders in reichen Nationen von Großprojekten in der Realwirtschaft Abstand nehmen, ist ihre Nachfrage nach langfristigen Darlehen gering.

Regierungen sollten die niedrigen Zinsen nutzen, um kreditfinanziert die Art von Infrastruktur zu schaffen, die für Nachhaltigkeit erforderlich ist. Staatsschulden sind nicht per se schlecht. Sie können helfen, Beschäftigung zu sichern, wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu gering ausfällt. Sie dienen auch der Schaffung unverzichtbarer Infrastruktur. Beides birgt allerdings Risiken und muss verantwortungsvoll gehandhabt werden.

In unserer unsicheren Zeit steht eines fest: Angesichts der grenzüberschreitenden Probleme brauchen wir internationale Zusammenarbeit und globale Solidarität.

► Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.



**HANS DEMBOWSKI**  
ist Chefredakteur von E+Z  
Entwicklung und Zusammenarbeit/  
D+C Development and Cooperation.  
euz.editor@dandc.eu

## Debatte



### Zivilgesellschaft sieht Aufbruch

Die internationale Gemeinschaft hat die Machtergreifung des Militärs in Mali verurteilt. Doch viele Menschen im Land nehmen sie als politischen Durchbruch für ihre Forderungen wahr. Grit Lenz vom zivilgesellschaftlichen Netzwerk Fokus Sahel hält Sanktionen, die der Zivilgesellschaft schaden, für das falsche Instrument und sieht in der aktuellen Situation eine Chance für Reformen. **SEITE 7**

## Tribüne



### China schlägt Indien

China und Indien sind die bevölkerungsreichsten Länder der Welt. Zusammen machen sie ein Drittel der Menschheit aus. Beide Länder gestalten ihr Schicksal seit Ende der 1940er Jahre größtenteils unabhängig. Statistiken belegen, dass das kommunistische China das formal demokratische Indien schon seit langem überflügelt, schreibt der Ökonom Praveen Jha aus Delhi. **SEITE 10**

### Voneinander lernen

In zwei Austauschprojekten zwischen Mitarbeitern der Städte Aachen und Kapstadt sollte die Zusammenarbeit gestärkt werden. Die Beteiligten ziehen eine positive Bilanz - auch was die nachhaltige Entwicklung beider Kommunen angeht. Es berichten Gabriele Schütz-Lembach vom Förderverein der Agenda-21-Partnerschaft Aachen-Kapstadt und die Wissenschaftlerin Ulrike Devers-Kanoglu. **SEITE 15**



Bundesminister Müller beim Besuch einer Schrottdeponie in Accra, Ghana.

BUNDESREGIERUNG

## Ermutigender Enthusiasmus

**Gerd Müller, der Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, erhebt in seinem neuen Buch weitreichende Forderungen. Seine Position verdient Aufmerksamkeit – nicht zuletzt im Bundeskabinett.**

Von Hans Dembowski

Müller ist als CSU-Politiker tendenziell konservativ eingestellt. Das, was er ausführt, ist international aber eher in fortschrittlichen als in konservativen Kreisen anschlussfähig. So wie auch Bundeskanzlerin Angela Merkel und andere Politiker aus CDU/CSU bedient er sich nicht der Art von rechtspopulistischer Propaganda, die britische Konservative oder Republikaner in den USA mittlerweile verbreiten.

Der Titel des Buches ist programmatisch: „Umdenken – Überlebensfragen der Menschheit“. Über dem Vorwort steht: „Es ist fünf nach zwölf.“ Dem Autor zufolge sind globale Krisen so weit fortgeschritten, dass Schäden nicht mehr zu verhindern sind, sondern minimiert werden müssen. Es geht um Dinge wie die Klimakrise, Massenflucht und Bevölkerungswachstum. Handeln sei dringend geboten. Dass er unmittelbar nach

dem verheerenden Brand des griechischen Flüchtlingslagers forderte, Deutschland müsse Betroffene aufnehmen, passt ins Bild. Das Buch erschien allerdings vor dem Feuer.

Zum großen Teil berichtet Müller, was er gesehen hat. Er gehört nicht zu den Spitzenpolitikern, die sich nicht aus komfortablen Regierungsgebäuden herauswagen. Er besucht immer wieder Flüchtlinge in improvisierten Lagern, Patienten in provisorischen Kliniken oder Müllverwerter auf Deponien. Er interessiert sich persönlich für das Leid der Menschen und ruft Leser zur Empathie auf.

Der Minister, der nur bis zur Bundestagswahl 2021 im Amt bleiben will, erhebt weitreichende Forderungen. Ihm zufolge hätten Müllexporte aus reichen in arme Volkswirtschaften schon längst gestoppt werden müssen. Wenn globale Märkte nicht reguliert würden, werde Profit zum Schaden der Umwelt in fernen Ländern maximiert. Entwicklungsländer litten zudem unter den Folgen des Klimawandels, den sie nicht verursacht hätten. Müller warnt, die Zahl von bislang 20 Millionen Klimaflüchtlingen könne schnell auf 100 Millionen steigen. Die CSU umwirbt Landwirte, aber ihr Entwick-

lungsminister lässt keinen Zweifel daran, dass die Agrarsubventionen der EU viel zu hoch sind. Ihm zufolge sollte die EU lieber nachhaltige Entwicklung in Ländern mit niedrigen Einkommen fördern, und zwar ganz besonders in Afrika. Europa und Afrika müssten die Kolonialvergangenheit in einer Weise konstruktiv aufarbeiten, die es EU und AU ermögliche, eine starke, produktive und auf Dauer angelegte Partnerschaft zu begründen.

Europas Zukunft hängt von Afrika ab, wie der Minister betont. Unser Kontinent werde vom Wohlergehen des Nachbarkontinents profitieren, wie auch dortige Katastrophen sich regelmäßig hier auswirkten. Müller beklagt, die Medien nähmen afrikanische Chancen kaum wahr, berichteten aber ausführlich über Negatives.

Mit Blick auf das Bevölkerungswachstum schreibt Müller, aktive Familienplanung dürfe kein Tabu mehr sein. Das sage er seinen internationalen Partnern, ob sie nun Präsidierenden oder Minister seien. Für einen praktizierenden Katholiken ist das nicht trivial. Er ist zugleich am interreligiösen Dialog stark interessiert und betont die positiven Werte, die allen Weltreligionen gemein sind, aber leider immer wieder von polarisierender Identitätspolitik überschattet werden.

Das Buch ist ermutigend, weil hier ein Mitglied des Bundeskabinetts enthusiastisch erläutert, was getan werden kann und muss. Er äußert Stolz auf das, was sein Ministerium zum Beispiel im Blick auf Sozialstandards in Lieferketten oder Partnerschaften mit wichtigen afrikanischen Ländern erreicht hat. Zugleich macht er klar, dass viel mehr passieren muss. Gegen Ende des Buches listet er die UN Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) auf, von der Beseitigung der Armut (SDG1) bis zu weltweiten Partnerschaften (SDG 17).

Seine Zielgruppe sind deutsche Wähler. Müller will sie überzeugen. Er betont konkretes Handeln und schweift nicht in eine detaillierte Expertendebatte ab. Seiner Einschätzung nach ist bekannt, was zu tun ist – und nun müsse gehandelt werden. Hoffentlich findet er im Bundeskabinett Gehör.

### BUCH

**Gerd Müller, 2020: Umdenken – Überlebensfragen der Menschheit. Hamburg: Murmann**

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

# Neue Partner, globale Ziele

**Eine Neuaufstellung der internationalen Zusammenarbeit soll der Graduierung der Länder des Südens in die Gruppe mit hohem Einkommen begegnen und das System der Entwicklungspolitik über den asymmetrischen Hilfsgedanken hinausführen.**

Von Luiz Ramalho

Die internationale Zusammenarbeit hat sich verändert, unter anderem aufgrund von globalen Machtverschiebungen und der Verabschiedung der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Diesen Veränderungen widmet sich das kürzlich erschienene Buch „Transforming international cooperation“, das aus einem Forschungsprojekt der GIZ hervorgegangen ist.

Im Mittelpunkt steht die Problematik der ODA-Graduierung, also die Überschreitung der Grenze vom Land mittleren Einkommens zum Land mit hohem Einkommen (siehe dazu Michael Krempin in E+Z/D+C e-Paper 2019/07, Schwerpunkt). In der Folge haben die betroffenen Länder keinen Anspruch mehr auf staatliche Entwick-

lungshilfe (official development assistance – ODA). Laut einer Prognose der OECD könnte dies bis 2030 Mexiko, Brasilien, China und weitere rund 25 Länder betreffen.

Die künftige Zusammenarbeit mit diesen Ländern spielt eine wichtige Rolle, auch in der deutschen Entwicklungspolitik. Das Reformkonzept des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, „BMZ 2030“ (siehe Hans Dembowski in E+Z/D+C e-Paper 2020/07, Monitor) führt für einige der betroffenen Länder die Kategorie der „Globalen Partnerschaft“ ein. Damit, so das Konzept des BMZ, „arbeiten wir strategisch an der Lösung globaler Zukunftsfragen und dem Schutz globaler Güter wie dem Umwelt- und dem Klimaschutz“. Diese Diskussion ist nicht neu. Bereits Ende der 1990er Jahre versuchte das BMZ, mit dem Begriff „Ankerländer“ eine neue Kategorie für die Zusammenarbeit mit Schwellenländern zu finden.

Die Beiträge in der Publikation bleiben aber nicht bei der ODA-Graduierung und ihren Folgen stehen. Die Autorinnen und Autoren aus 15 Ländern Afrikas, Asiens,

Europas sowie Nord- und Südamerikas thematisieren Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren des developmentpolitischen Systems, bewerten die Rolle des Multilateralismus in Zeiten zunehmender nationaler Egoismen und finden trotz ihres sehr unterschiedlichen Erfahrungshintergrunds in vielen Punkten Übereinstimmung.

Weitgehend unstrittig ist, dass:

1. neue staatliche und nichtstaatliche Akteure in der internationalen Zusammenarbeit hinzugekommen und neue Partnerschaftsmuster entstanden sind, zum Beispiel Multi-Stakeholder-Dialoge;

2. eine neue Rollenverteilung entsteht, weg vom vertikalen Geber-Nehmer- beziehungsweise einseitigen Nord-Süd-Ansatz, – wie bereits im universellen Ansatz der Agenda 2030 angelegt;

3. diese Entwicklungen neue Kooperationsformate erfordern. Ein Beispiel dafür sind Dreieckskooperationen, die bereits erfolgreich praktiziert werden, aber noch selten sind. Wichtig ist auch die Einbeziehung weiterer Politikfelder, wenn durch die ODA-Graduierung aus der Entwicklungs- eine breitere, internationale Zusammenarbeit wird.

Laut den Erkenntnissen aus dem GIZ-Projekt geht es immer mehr um globale Ziele. Für deren Erreichung ist die Zusammenarbeit mit Ländern höheren Einkommens oftmals ausschlaggebend. Der Bedarf dieser Länder besteht vor allem darin, Wissen und Erfahrung zu teilen (Knowledge Sharing), wobei jeder Partner zum gemeinsamen Lernen beiträgt. Voraussetzung dafür ist eine erhebliche Lernbereitschaft der Länder des Nordens. Nach dieser Vorstellung behält die traditionelle Entwicklungshilfe ihre Bedeutung für die ärmeren Länder, muss sich aber gleichwohl in diesem neuen Rahmen neu positionieren.

## BUCH

Kolsdorf, J., Müller, U. (Hg.), 2020: Transforming international cooperation. Thoughts and perspectives on moving beyond aid. Nomos eLibrary.

<https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/9783748908388/transforming-international-cooperation?hitid=0&search-click>



**LUIZ RAMALHO**

ist freier entwicklungspolitischer Berater.

[ramalhoconsult.berlin@gmail.com](mailto:ramalhoconsult.berlin@gmail.com)



China wird bald zu den Ländern mit hohem Einkommen gehören. Ladenstraße in Jianshui in der Provinz Yunnan.

## Wider das Vergessen

Gewalt ist in Guatemala keine Unbekannte. Erfahrungen damit reichen von der spanischen Eroberung 1511 über den Bürgerkrieg von 1960 bis 1996 bis zu den heutigen Bandenkonflikten.

Korruption, Drogenhandel und Erpressung sind ernsthafte Probleme in Guatemala. Laut der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch versuchen deshalb viele Menschen, das Land zu verlassen.

Vor diesem Hintergrund ist die „Casa de la Memoria“ („Haus der Erinnerung“) zu sehen. Dieses Museum in einem armen Stadtviertel der Hauptstadt Guatemala-Stadt widmet sich der blutigen Geschichte Guatemalas. Unter dem Motto „para no olvidar“ („um nicht zu vergessen“) geht es einigen der schmerzhaftesten Abschnitte in der langen Geschichte interner Konflikte des Landes auf den Grund. Die Menschenrechtsgruppe Centre for Legal Action in Human Rights mit Sitz in den USA unterstützt die Dauerausstellung. Zu deren Themen gehören unter anderem die spanische Eroberung, fortgesetzte Angriffe auf Maya-Gemeinschaften, die Serie der Gewaltherrschaften, der 36 Jahre dauernde Bürgerkrieg sowie die Gewalt der Strafe.



Die Präsentation ist innovativ. Eine große Sammlung von Schwertern aus dem 16. Jahrhundert und eine Reihe von Seilen erinnern beispielsweise an die Zwangsbekehrung der Indigenen zum Christentum – mit den Seilen wurden diejenigen erhängt, die sich weigerten, den Glauben der Eroberer anzunehmen.

Andere Ausstellungsstücke haben mit dem Bürgerkrieg im 20. Jahrhundert zu tun. Darin verübten Regierungstruppen zahlreiche Menschenrechtsverletzungen an Zivilisten, vor allem an Angehörigen indigener Gemeinschaften. Rund 200 000 Menschen starben. Einer der Räume zeigt ein hastig verlassenes Haus: Gegenstände liegen verstreut herum, und man sieht die Silhouetten der Familienmitglieder, die gewaltsam verschleppt wurden. Zudem gibt es Tafeln mit Aussagen von Augenzeugen und Betroffenen, die von Vergewaltigungen, Entführungen und Morden während des Bürgerkriegs berichten.

Anderer Bereiche machen mehr Mut. Einer ist zum Beispiel Menschen gewidmet, die sich gegen die Gewalt gestellt haben, darunter Monsignor Juan José Gerardi Conedera, ein katholischer Bischof, der viele Menschenrechtsverletzungen ans Tageslicht brachte.

Das Museum vermittelt die Botschaft, dass die Kenntnis der eigenen Geschichte davor schützt, sie zu wiederholen. Jugendliche sind eine wichtige Zielgruppe, und junge Freiwillige fungieren als Museumsführer. Dafür absolvieren sie einen fünftägigen Kurs. Eine der Absolventinnen, die 19-jährige María José Arismendez, sagt: „Was ich in der Schule gelernt habe, reicht nicht aus, ich wollte mehr wissen. In der Ausbildung zur Führerin habe ich den Hintergrund von Ereignissen in Guatemalas Geschichte erfahren.“ Das Museum hält sie für sehr wichtig. „Man kann hier lernen, wer wir Guatemalteken wirklich sind, wie unsere Ahnen lebten, woran sie glaubten, was sie durchlitten haben und wie wir das wurden, was wir heute sind.“



**GILDANELIZ BARRIENTOS**  
ist Journalistin in  
Guatemala.

[gildaco154@gmail.com](mailto:gildaco154@gmail.com)

## IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT  
61. Jg. 2020

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch  
als D+C Development and Cooperation.

Internet: [www.DandC.eu](http://www.DandC.eu)

ISSN 2366-7257

Dieses e-Paper wurde am 30.9.2020 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Tulpenfeld 7

D-53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150

[www.engagement-global.de](http://www.engagement-global.de)

BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,

Dr. Susanne Neubert, Prof. Dr. Imme Scholz, Hugh Williamson

VERLAG:

FAZIT Communication GmbH

Geschäftsführer: Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71–81

D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.),

Dagmar Wolf (Assistenz)

Freiberufliche Mitarbeit: Sabine Balk, Katja Dombrowski,

Aviva Freudmann, Monika Hellstern (Social Media),

Jan Walter Hofmann (Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung),

Tel. (0 69) 75 91-31 10

[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens sind die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (40%) und die Frankfurter Societät GmbH (60%).

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

FAZIT Communication GmbH

c/o InTime Media Services GmbH

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

[fazit-com@intime-media-services.de](mailto:fazit-com@intime-media-services.de)

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4–6

D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+Z-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Webseiten zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,

Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

UMSTURZ IN MALI

# Zivilgesellschaft sieht Aufbruch

**Die internationale Gemeinschaft hat die Machtergreifung des Militärs in Mali verurteilt. Doch die Mehrheit der Menschen im Land nimmt sie als politischen Durchbruch für ihre Forderungen wahr. Es ist wichtig, Mali jetzt nicht zu voreiligen Wahlen zu drängen und keine Sanktionen zu verhängen, die der Zivilgesellschaft schaden.**

Von Grit Lenz

Am 18. August sind Präsident Ibrahim Bou-bacar Keïta sowie die gesamte Regierung Malis auf Druck des Militärs zurückgetreten. Das Comité National pour le Salut du Peuple (CNSP – Nationales Komitee zur Rettung des Volkes) übernahm die Regierungsgeschäfte und erklärte, das Land durch eine Übergangsphase zu Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zu führen.

Vorausgegangen waren Massenproteste einer breiten Koalition aus Zivilgesellschaft und politischer Opposition. Sie richteten sich anfangs vor allem gegen Wahlfälschung, Korruption und Missstände in der Regierungsführung, forderten aber später den Rücktritt des Präsidenten. Die Regierung reagierte mit massiver Polizeigewalt auf die Demonstrationen. Mindestens 14 Menschen wurden getötet und mehr als hundert verletzt.

Der Umsturz geschah hingegen nahezu unblutig. Die internationale Gemeinschaft lehnt militärisch erzwungene Machtwechsel grundsätzlich ab, so auch in Mali. Fokus Sahel teilt diese Position, erkennt aber auch an, dass die Mehrheit der Menschen im Land die Machtergreifung nicht als illegitim begreift, sondern als politischen Durchbruch für ihre Forderungen. Die von der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS (Economic Community of West African States) verhängten wirtschaftlichen Sanktionen und Grenzsicherungen sind problematisch. FONGIM, ein Zusammenschluss internationaler NGOs in Mali, weist auf ihre gravierenden möglichen Folgen hin und fordert sicherzustellen, dass die Sanktionen die humanitäre Krise im Land nicht verschlimmern und die Bewegungs-

freiheit der Menschen nicht einschränken. Außerdem ist es wichtig, dass Mali jetzt nicht durch internationalen Druck zu voreiligen Wahlen genötigt wird – die Aufarbeitung der Missstände und die Neuorganisation politischer Parteien brauchen Zeit.

Es gibt berechnete Skepsis, ob die Militärregierung den angekündigten Übergangsprozess tatsächlich engagiert umsetzt. Zudem bleibt abzuwarten, welche militärischen und politischen Kräfte versuchen werden, die aktuelle Situation für ihre eigenen Interessen auszunutzen. In jedem Fall wird Mali internationale Unterstützung brauchen, um die tiefe Krise zu überwinden. Wir appellieren an die Bundesregierung und die EU, folgende Forderungen aus der malischen Zivilgesellschaft zu berücksichtigen:

- Sich nicht für eine Wiedereinsetzung der gestürzten Regierung einzusetzen, zumal Keïta erklärt hat, nicht mehr für das Präsidentenamt zur Verfügung zu stehen.
- Die aktuelle Situation als Chance zu betrachten, politischen Stillstand, Kontrollverlust und immer neue Gewaltspiralen zu überwinden.
- Das eigene Engagement in Mali kritisch zu überprüfen, da der Kollaps vermeidbar gewesen wäre. Dazu gehört auch anzuerkennen, dass militärische Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe sowie Truppenentsendungen keinen nachhaltigen Frieden gebracht haben. Im Mittelpunkt

sollten zivile Friedens- und Dialoginitiativen stehen.

- Die Militärregierung in die Pflicht zu nehmen, in einem friedlichen Übergangsprozess politische und institutionelle Reformen inklusive einer Verfassungsreform so zu gestalten, dass sie die Bedürfnisse der Bevölkerung in den Vordergrund stellen. Dafür ist ein klarer Fahrplan und Zeitrahmen erforderlich. Die Übergangsregierung muss den Schutz der Menschenrechte garantieren und vergangene Menschenrechtsverletzungen ahnden.
- Auf eigene Sanktionen zu verzichten und sich dafür einzusetzen, dass durch die ECOWAS verhängte Wirtschaftssanktionen und Grenzsicherungen aufgehoben werden, da sie die humanitäre Notlage verschärfen. Sanktionen müssten sich gegebenenfalls gezielt gegen die Machthaber richten, um Druck für eine Machtübergabe an demokratisch legitimierte zivile Strukturen auszuüben.
- In der zukünftigen Entwicklungszusammenarbeit durch mehr Kontrolle und Transparenz bei der Verwaltung der Mittel deren Veruntreuung vorzubeugen.
- Unterstützung anzubieten, die die malische Wirtschaft stärkt und bessere Einkommensmöglichkeiten für die Menschen schafft. Dies sollte auch eine substantielle finanzielle Aufstockung der Mittel umfassen.



**GRIT LENZ**  
ist Koordinatorin des  
zivilgesellschaftlichen  
Netzwerks Fokus Sahel.

lenz@fokussahel.de



In Mali hat das  
Militär unter Colonel  
Assimi Goïta (Mitte)  
die Regierungsgeschäfte  
übernommen.



**EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der Vorsitzende der AU-Kommission, Moussa Faki Mahamat bei einem Treffen im Februar in Äthiopien.**

AFRIKA-EUROPA-PARTNERSCHAFT

## Zivilgesellschaft als Brücke

**Eine enge, gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen Afrika und Europa ist dringend nötig. Die EU-Kommission hat wiederholt angekündigt, die AU-EU-Partnerschaft auf ein „neues Level“ zu heben, doch davon ist wenig zu sehen. Umso mehr müssen zivilgesellschaftliche Akteure auf beiden Kontinenten in politische Prozesse wie den anstehenden AU-EU-Gipfel einbezogen werden.**

Von Bernd Bornhorst

Die Amtszeit von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen begann mit viel Symbolik: Auf ihrer ersten Auslandsreise Ende 2019 besuchte sie die Afrikanische Union (AU), im Februar 2020 folgte ein Arbeitstreffen zwischen den Mitgliedern der AU- und EU-Kommission.

Doch mehr als ein halbes Jahr später ist der Schwung in den afrikanisch-europäischen Beziehungen verfliegen. Weder die EU-Kommission noch die europäischen Regierungen haben zukunftsweisende Vorhaben vorgestellt. Auch unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sind spürbare Impulse ausgeblieben. Das Ringen um den EU-Haushalt und den Corona-Aufbaufonds hat vielmehr gezeigt, dass die EU ihre „Partnerländer“ im Globalen Süden vernachlässigt.

Dabei gäbe es viele gemeinsame Aufgaben: den Umgang mit der Corona-Pandemie, Multilateralismus und Klimaschutz, faire Handelsbeziehungen und sichere Migrationswege, Geschlechter- und Genera-

tionengerechtigkeit, die Eindämmung von Korruption und illegalen Finanzströmen, Digitalisierung und Teilhabe sowie die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit.

Der AU-EU-Gipfel Ende Oktober sollte nun endlich die Weichen für eine faire Partnerschaft stellen. Doch das Treffen wurde kurzfristig auf 2021 verschoben. Beide Seiten haben derzeit andere Prioritäten. Eine „gleichberechtigte Partnerschaft“ kann es jedoch so oder so nur geben, wenn lokale Perspektiven und Stimmen eine zentrale Rolle spielen. Die Verschiebung des Gipfels bietet nun zumindest die Chance, zivilgesellschaftliche Akteure stärker einzubinden.

Die afrikanischen und europäischen Zivilgesellschaften sind wichtige Kompetenzträger, die sich konstruktiv engagieren. Dies zeigt sich deutlich in der Corona-Pandemie: Zivilgesellschaftliche Akteure helfen, das Virus einzudämmen und negative soziale Auswirkungen abzufedern. In vielen afrikanischen Ländern sind Initiativen wie #FollowTheMoney (Nigeria) oder 211CHECK (Südsudan) entstanden, die die Verwendung von Corona-Hilfsgeldern oder Pandemie-Informationen überprüfen.

Neue Formen digitaler Zusammenarbeit können dazu beitragen, die Kenntnisse der Menschen vor Ort zu nutzen und politische Partizipation zu fördern. Der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) hat diese Dynamik aufgegriffen und das mehrwöchige Digital Africa Forum

organisiert. Die Diskussionen von etwa 70 NGOs aus Afrika und Europa waren Grundlage für ein afrikapolitisches Forderungspapier an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Am 16. Oktober wird VENRO zudem die hybride Konferenz „Civil society driving change: Towards a new quality of the Africa-Europe partnership“ mit breiter Beteiligung aus Politik und Zivilgesellschaft ausrichten.

Mit ihrer digitalen Brückenfunktion zwischen lokaler und politischer Ebene kann die Zivilgesellschaft die Afrika-Europa-Partnerschaft transparenter und zugänglicher gestalten. Die neue Afrika-EU-Strategie, die auf dem anstehenden AU-EU-Gipfel verabschiedet werden soll, kann für die mehr als 1,6 Milliarden betroffenen Menschen nur von Nutzen sein, wenn Mitbestimmung möglich ist. Daher sollten digitale Formate die Einbeziehung der Zivilgesellschaft fördern.

In der Folge braucht es Begegnungen und Projekte, um die Beziehungen zwischen den Kontinenten zu verstetigen. Die Umsetzung der AU-EU-Strategie muss anhand von klaren Kriterien und mit Hilfe des Africa-EU Civil Society Forums überprüft werden. Mandat und Kapazitäten des Forums müssen gestärkt werden, damit afrikanische und europäische Vertreter gleichberechtigt am Monitoring-Prozess teilnehmen können.

Die Bundesregierung kann viele dieser Punkte während ihrer EU-Ratspräsidentschaft vorbereiten. Damit wären wichtige Schritte hin zu einer neuen Qualität der afrikanisch-europäischen Beziehungen getan.

### LINKS

**VENRO-Positionspapier, 2020: Für eine faire Partnerschaft zwischen Afrika und Europa.**  
[https://venro.org/fileadmin/user\\_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Positionspapiere/Positionspapier\\_06-2020\\_\\_de\\_WEB-UA.pdf](https://venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Positionspapiere/Positionspapier_06-2020__de_WEB-UA.pdf)  
**VENRO-Konferenz: Civil society driving change.**  
<https://venro.org/servicebereich/veranstaltungen/detail/afrika-europe-civil-society-conference-2020-civil-society-driving-change-towards-a-new-quality-of-the-africa-europe-partnership>



**BERND BORNHORST** ist Vorsitzender des Verbands Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisa-

tionen (VENRO).

[sekretariat@venro.org](mailto:sekretariat@venro.org)





In Hongkong gehen die Menschen seit Monaten für mehr Demokratie auf die Straße.

PROTESTBEWEGUNGEN

## Kampf um Demokratie

**In vielen Ländern weltweit regieren autoritäre Potentaten, aber vielerorts formiert sich zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen sie. Dies erfordert viel Mut und Entschlossenheit, weil die Machthaber oft mit Brutalität vorgehen. Allzu häufig werden Oppositionelle von Sicherheitskräften schwer misshandelt und landen in Gefängnissen.**

Von Sabine Balk

Große Aufmerksamkeit erfährt gerade Belarus, wo seit Wochen Massen von Menschen gegen den seit 26 Jahren amtierenden Präsidenten Alexander Lukaschenko auf die Straße gehen. Sein Regime hat offensichtlich die Wahl, die ihn im August angeblich mit 80 Prozent im Amt bestätigte, manipuliert. Regelmäßig demonstrieren Hunderttausende gegen diesen Betrug, und Lukaschenko gelingt es nicht, den friedlichen Protest mit Polizeigewalt zu unterdrücken. Nun lässt er Führungspersonlichkeiten der Opposition verhaften. Wichtige Persönlichkeiten sind ins Ausland geflohen.

Demonstrationen gegen Herrscher, die nicht von der Macht lassen wollen, gibt es auch in Afrika. Mali ist ein Beispiel. Als klar war, dass Präsident Ibrahim Boubacar Keïta das Vertrauen der Bevölkerung verloren hatte, übernahm das Militär die Macht.

Die Junta spricht von einer 18-monatigen Übergangsphase bis zur Rückkehr zu einer gewählten Zivilregierung. Die Zukunft des westafrikanischen Staats ist ungewiss.

Gegen amtierende Regierungen zogen in den vergangenen Monaten Bürgerinnen und Bürger auch im Libanon, Israel, Irak, Thailand, Indien und Bulgarien auf die Straßen. Die meist jungen Menschen fordern mehr Mitspracherechte, das Ende verkrusteter Strukturen und ein besseres Leben.

2019 gab es ähnliche Szenarien in Algerien und im Sudan. In Algerien erzwangen die Protestierenden den Rücktritt des greisen Langzeitpräsidenten Abd al-Aziz Bouteflika, der daraufhin eine Übergangsregierung ernannte. Doch die Proteste gingen weiter. Nun soll die Bevölkerung am 1. November über eine Verfassungsänderung abstimmen. Im Sudan führten 2019 Proteste gegen den brutal regierenden Präsidenten Omar al-Bashir zu einem Militärputsch. Jetzt bemüht sich die Übergangsregierung um einen Friedensprozess und hat sich im August mit mehreren Rebellen Gruppen auf ein Friedensabkommen geeinigt. In beiden Ländern gibt es die Chance einer demokratischen Zukunft – sicher ist das aber nicht.

Auch in Lateinamerika gibt es Unruhe und Instabilität. Unzufriedenheit über große Ungleichheit ist ein Motor der Proteste,

aber auch der Wunsch nach mehr Mitbestimmung und Demokratie. In Bolivien hat eine rechtspopulistische Übergangsregierung Wahlen angekündigt, aber Beobachter sprechen von zunehmend autoritärem Herrschaftsstil. In Venezuela klammert sich ein linkspopulistisches Regime an die Macht. Auch andere Länder der Region haben gravierende Probleme mit Legitimität und Rechtssicherheit.

Die Proteste geben Hoffnung. Vielfach haben sie Wirkung. Je mehr Menschen sich beteiligen, umso stärker ist ihre Schlagkraft und umso weniger können die Machthaber sie ignorieren. Leider gibt es aber auch Regierungen, wie die in Syrien, die lieber Krieg gegen die eigene Bevölkerung mit unzähligen Opfern führen als die Macht abzugeben. Dass sie in der internationalen Arena Unterstützer wie Russland und China finden, macht die Lage noch schlimmer.

In Hongkong opponieren Hunderttausende seit vielen Monaten dagegen, dass China die demokratischen Autonomierechte der ehemaligen britischen Kronkolonie einschränkt. Die Polizei antwortet regelmäßig mit Tränengas, Wasserwerfern und Gummigeschossen.

Noch vor wenigen Jahren hätten sich Demokratiebewegungen weltweit auf diplomatische Unterstützung westlicher Länder verlassen können. In London und Washington stehen aber heute wichtige demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien zur Disposition. Premierminister Boris Johnson hat angekündigt, mit einem nationalen Gesetz verbindliche Regeln seines Austrittsabkommens mit der EU auszusetzen. Er bietet Peking damit eine Steilvorlage, sich seinerseits von dem Vertrag zu verabschieden, der die Autonomie Hongkongs sichert. Und in den USA warnen Kommentare in angesehenen Zeitungen, nach den Wahlen im November drohten ähnliche Szenen wie in Belarus. Das ist ernst gemeint – Präsident Donald Trumps autoritäre Neigungen sind wohlbekannt.

Der EU kommt also eine wichtige Rolle zu. Zusammen mit den Mitgliedsländern sollte sie mehr tun, um demokratische Bestrebungen weltweit zu unterstützen.



**SABINE BALK**  
ist Redakteurin von E+Z  
Entwicklung und Zusammenarbeit/D+C Development and Cooperation.

euz.editor@dandc.eu



Ab 2018 arbeitete in China nur etwas mehr als ein Viertel der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft.

ASIATISCHE GIGANTEN

## China schlägt Indien

**China und Indien sind die bevölkerungsreichsten Länder der Welt. Zusammen machen sie ein Drittel der Menschheit aus. Beide Länder gestalten ihr Schicksal seit Ende der 1940er Jahre größtenteils unabhängig. Statistiken belegen, dass das kommunistische China das formal demokratische Indien schon seit langem überflügelt.**

Von Praveen Jha

„Wachstum“ und „Entwicklung“ sind nicht dasselbe. Der erste Begriff bezieht sich eng auf die Wirtschaft, während letzterer eine breite Palette von Indikatoren für das Wohlergehen einschließlich sozialer, politischer und kultureller Aspekte erfasst. Wissenschaftler sind sich uneinig, wie Wachstum und Entwicklung zusammenhängen. Relevante Fragen lauten: Was von beidem kommt zuerst? Wie kann die Politik beides in die Wege leiten? Was ist die Rolle des Marktes? Und was die Rolle des Staates?

Der Vergleich zwischen China und Indien ist nützlich. Dieser kurze Aufsatz fasst einige Erkenntnisse aus der langjährigen,

kontroversen und komplexen Debatte über die Entwicklungspfade der beiden Länder zusammen. Zunächst müssen jedoch zwei grundlegende, historisch belegte Wahrheiten festgehalten werden:

- Entweder-Oder-Denken ist nicht sinnvoll. Sowohl der Markt als auch der Staat sind zur Förderung von Wachstum und Entwicklung wichtig. Gebraucht wird eine angemessene Balance. Zudem stehen die jeweiligen Rollen von Markt und Staat nicht auf Dauer fest, sondern entwickeln sich ständig weiter. Regierungen tragen jedenfalls eine Verantwortung dafür, Voraussetzungen für dynamisches Marktgeschehen zu schaffen, denn rein marktgetriebenes Wachstum gibt es nur selten – wenn überhaupt. Vor allem in den frühen bis mittleren Phasen der wirtschaftlichen Transformation lösen Märkte grundlegende Probleme kaum. Dabei geht es etwa um den Aufbau einer Infrastruktur, die allen dient, oder die Gewährleistung minimaler sozialer Sicherheit. Obendrein zeigen der Klimawandel und andere schädliche globale Umweltrends, dass Markttransaktionen oft unbe-

absichtigte Nebenwirkungen haben. Regierungshandeln bleibt also wichtig.

- Es ist ein Trugschluss, Sozialismus mit Autoritarismus und Kapitalismus mit Demokratie gleichzusetzen, wie das westliche Experten oft tun. Beide Gleichsetzungen führen in die Irre, denn manche demokratisch gewählte Regierungen haben sich für sozialistische Politik entschieden, während manche autokratische Herrscher Marktdogmatik beherzigten. Es gibt weder eine klare Korrelation zwischen Demokratie und Entwicklungserfolg noch zwischen Despotismus und Misserfolg. In beiden Szenarien kann es zu der Art von marktwirtschaftlich-staatlicher Synergie kommen, die Entwicklung fördert (siehe Kasten nächste Seite).

Die empirische Evidenz zeigt, dass Entwicklungserfolge aus dem Zusammenspiel von Markt und Staat resultieren. Wenn dieses Zusammenspiel gelingt, können Grundbedürfnisse wie Gesundheitsversorgung und Bildung schon bei relativ geringem materiellem Wohlstand befriedigt werden. Tatsächlich legte Bismarck Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland die Grundlagen westlicher Wohlfahrtsstaaten, kurz nachdem er das Kaiserreich vereinigt hatte und die großflächige Industrialisierung Deutschlands einsetzte (siehe hierzu meinen Beitrag im Schwerpunkt E+Z/D+C e-Paper 2019/12).

Es ist ähnlich bemerkenswert, dass Kerala seit Jahrzehnten die Rangliste der

## Armut trotz formaler Demokratie

Nach konventioneller westlicher Sicht ist Demokratie gut und Diktatur schlecht. Diese vereinfachende Unterscheidung hilft aber nicht, die unterschiedlichen Fortschritte Chinas und Indiens bei der Armutsbekämpfung in den vergangenen sieben Jahrzehnten zu verstehen.

Indien ist gemäß Verfassung eine parlamentarische Demokratie. Dennoch hat unsere Demokratie erhebliche Mängel. Regierungsbehörden stehen im Ruf der Korruption, und die Armen sind politisch marginalisiert. Das liegt nicht nur an den Traditionen des hierarchischen Kastensystems, sondern auch daran, dass Indiens Arme auf extreme Weise sozial und wirtschaftlich verletzlich sind.

In der repräsentativen Demokratie Indiens waren sie von Anfang an unterrepräsentiert. Ihre Menschenrechte wurden mit Füßen getreten und sind bis heute kaum geschützt. Dass das Rechtssystem weitgehend auf Englisch funktioniert, trifft diese Bevölkerungsgruppe besonders hart. Bis heute genießen vor allem gebildete und wohlhabende Schichten die von der Verfassung versprochenen Rechte.

Es stimmt, dass freie Wahlen den Parteien, die untere Kasten und marginalisierte Gemeinschaften vertreten, Chancen eröffnet haben. Dennoch bleibt Indiens politisches System insgesamt armenfeindlich. Das formal demokratische Indien vernachlässigt systematisch ihre Bedürfnisse.

Die Erfolgsbilanz Chinas ist gemischt. Unter der Füh-

rung von Mao Zedong wurden gute Fortschritte beim Massenzugang zu Grundschulbildung und medizinischer Grundversorgung erzielt. Auf der anderen Seite gab es politische Katastrophen wie den Großen Sprung nach Vorn oder die Kulturrevolution. Brutale Unterdrückung führte zu Millionen von Toten. Hätten Entscheidungen des obersten Führers in Frage gestellt werden können, wäre das vermutlich anders gekommen.

Unter Deng Xiaoping blieb Chinas Regierung „autokratisch“, war aber eindeutig entwicklungsorientiert. Das Regime testete verschiedene Ansätze und entschied sich dann für die erfolgreichen. Es duldete keine Opposition, lockerte aber in vielen Bereichen

die Zügel, und wenn die Unzufriedenheit mit Umweltproblemen oder Arbeitsbeziehungen zu Protesten eskalierte, suchte es nach Lösungen. Ein Beispiel dafür war das 2008 eingeführte Arbeitsrecht, das auf viele Arbeitnehmeranliegen einging. Indische Arbeitskräfte würden von einem solchen Gesetz profitieren. Den Indern, die nach China reisen, fällt auch auf, dass die Luftverschmutzung in Peking heute nicht so schlimm ist wie in vielen unserer Städte (siehe Aditi Roy Ghatak im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Papers 2020/01).

Bemerkenswert ist zudem, dass beide Länder ab den 1980er Jahren ihre Regierungssysteme dezentralisiert haben. In Indien gewannen die Regierungen der Bundesstaaten nach dem Ende der Zentralplanung Anfang der 1990er an Bedeutung. China entwickelte ein komplexes System

zur Erprobung unterschiedlicher politischer Konzepte in verschiedenen Regionen. Regierungsverantwortliche in Indien müssen auf mächtige Interessengruppen achten, wohingegen sie sich in China augenscheinlich mehr auf Entwicklungsziele konzentrieren können.

Beunruhigend ist in beiden Ländern, dass die nationalen Regierungen in den vergangenen fünf Jahren autoritärer geworden sind und ihre Politik rabiater durchsetzen. Indiens derzeitiger Premierminister Narendra Modi will das Land zu einer Hindu-Nation machen (siehe Interview mit Arfa Khanum Sherwani im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Papers 2020/08), und Chinas Präsident Xi Jinping kehrt die Fortschritte auf dem Weg zu einer regelgebundenen Staatsführung um (siehe Nora Sausmikak im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Papers 2017/02). Er wendet immer raffiniertere Systeme zur Überwachung der Bürger an, zeigt aber an deren Wünschen weniger Interesse, als das seine Vorgänger taten.

Die Unterdrückung der muslimischen Uiguren in China ist nicht akzeptabel, aber das gilt auch für die Behandlung der muslimischen Kaschmiris in Indien. Dutzende Menschen starben in den vergangenen Monaten bei Protesten und islamophoben Ausschreitungen. Dagegen reagierte China auf die Demokratiebewegung in Hongkong bislang praktisch ohne Blutvergießen. Dank einer relativ freien Presse können sich Inder indessen generell leichter über missbräuchliches Staatshandeln informieren als Chinesen auf dem Festland – und künftig wahrscheinlich auch in Hongkong. pj



**Bauarbeiter in Kalkutta: Schutzrechte sind in China weiter entwickelt als in Indien.**

indischen Bundesstaaten hinsichtlich Alphabetisierung und Lebenserwartung anführt, obwohl es gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf nur auf Platz neun liegt. Laut Beobachtern profitiert Kerala von vergleichsweise guter Amtsführung und stimmiger Synergie von Markt und Staat.

Auch der Vergleich Indiens mit China zeigt, dass sozialer Fortschritt nicht einfach eine Funktion des BIP ist. Indien wurde 1947 unabhängig, 1949 wurde China zur Volksrepublik, nachdem die kommunistische Volksbefreiungsarmee den Bürgerkrieg gewonnen hatte. Beide Länder waren damals stark verarmt. Sie hatten jahrhundertlang unter imperialistischer Ausbeutung gelitten.

Bis in die 1980er war Chinas Volkswirtschaft staatlich kontrolliert. Im Gegensatz dazu lenkte in Indien der Staat die Wirtschaft, ließ dem Privatsektor aber auch beträchtliche Freiheiten. In den frühen 1950ern unterschieden sich die wirtschaftlichen Standardindikatoren wie das BIP-Pro-Kopf für China und Indien nicht wesentlich. Die Infrastruktur war zudem ähnlich schwach. Laut Weltbank-Daten gab es in beiden Ländern solide Erfolge, denn Chinas Pro-Kopf-BIP stieg in den Jahren 1961 bis 1981 von 141 Dollar auf 360 Dollar (gemessen in Preisen von 2010). In dieser Zeit stieg Indiens Pro-Kopf-BIP von 335 Dollar auf 438 Dollar. Indien lag also vorn, kam aber langsamer voran.

Daten zu Einschulung, Alphabetisierung, Säuglingssterblichkeit et cetera zeigen zudem, dass China Indien bereits 1980 übertraf. Beispielsweise lag die Lebenserwartung bei der Geburt in China bei 67 Jahren, in Indien aber nur bei 54 Jahren. Die Alphabetisierungsrate Chinas lag bei 65,5 Prozent, die Indiens jedoch nur bei 43,8 Prozent. Offenbar bedeutete das etwas höhere Pro-Kopf-Einkommen Indiens nicht, dass die Inder länger oder besser lebten.

## DIE FARBE DER KATZE

In den 1980ern änderten beide Länder ihre Wirtschaftspolitik. Die Spitzenpolitiker schätzten zunehmend die „Logik des Marktes“. China wechselte von staatlicher Kontrolle zu einer gemischten Wirtschaft und Indien von einer gemischten Wirtschaft zu einem zunehmend marktdominierten System.



Der chinesische Staatschef Deng Xiaoping erklärte, die Farbe der Katze sei egal, sofern sie denn Mäuse fange. Damit signalisierte er die Bereitschaft, mit Marktkräften zu experimentieren. Das geschah zunächst in Sonderwirtschaftszonen, später im ganzen Land (siehe Ayumi Konishi in E+Z/D+C 2014/12, S. 460). Indiens politische Entscheidungsträger drängten schon in den 1980ern schrittweise auf marktfreundliche Reformen. Dies gipfelte nach der Finanzkrise 1991 in einer entschiedenen Abkehr vom Dirigismus (siehe Salman Anees Soz im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Paper 2018/08).

Die neue Politik führte in beiden Ländern zu rasantem Wachstum. Sie gehörten bald zu den am schnellsten expandierenden Volkswirtschaften weltweit. Allerdings fiel das Wachstum im gemischtwirtschaftlichen China beeindruckender aus als im zunehmend marktwirtschaftlich orientierten Indien. 1991 betrug das Pro-Kopf-BIP in China 786 Dollar und in Indien 575 Dollar (wieder zu Preisen von 2010).

Seither ist die Kluft weiter gewachsen. 2018 belief sich laut Weltbank das Pro-Kopf-BIP in China auf 7752 Dollar, in Indien aber nur auf 2100 Dollar. Die Weltbank-Statistiken zeigen China auch bei den sozialen Indikatoren vorn. So lag die Lebenserwartung dort 2018 bei 77 Jahren, in Indien aber nur bei 69 Jahren. Die Alphabetisierungsrate Chinas betrug 96,8 Prozent, Indiens nur 74,4 Prozent.

Chinas Strukturwandel vollzog sich überdies viel schneller. Der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft sank von 60 Prozent 1991 auf 27 Prozent 2018. In Indien ging derweil diese Quote nur von 63 Prozent auf 44 Prozent zurück. Am meisten beeindruckt, dass China zur „Fabrik der Welt“

wurde. In Indien hingegen stagniert der Anteil des verarbeitenden Gewerbes sowohl am BIP als auch in der Erwerbstätigkeit, wohingegen der Dienstleistungssektor mehr Menschen beschäftigt. Er bietet aber oft nur schlecht bezahlte Jobs ohne anspruchsvolle Qualifikationsprofile.

China hat Indien bei Wachstum und sozialer Entwicklung deutlich übertroffen. Dem kommunistischen Regime gelang es, die makroökonomische Stabilität aufrechtzuerhalten und gleichzeitig durch eine ausgeklügelte Mischung aus Industrie-, Handels- und Sozialpolitik diversen Entwicklungszielen näher zu kommen. Es gab unter anderem gewaltige Fortschritte in Forschung, Entwicklung und Hochschulbildung. Der Ausbau der Infrastruktur war spektakulär. Unterdessen spielt der chinesische Staat weiterhin eine stärkere Rolle als Eigentümer und Anteilseigner von Großunternehmen, als das der indische Staat tut. Die Synergie von Markt und Staat ist China offensichtlich auf wirksame Weise gelungen.

Beide Länder stehen heute vor großen Herausforderungen. Die Ungleichheit wächst. Viele Menschen sind informell und unsicher beschäftigt. Umweltprobleme wie Wüstenbildung, Umweltverschmutzung, die Auswirkungen des Klimawandels und dergleichen mehr nehmen zu. In beiden Ländern wird die Staatsführung zudem immer repressiver. Leider wächst auch der Antagonismus zwischen China und Indien seit einigen Monaten.

Chinas Fortschritt beeindruckt indische Wissenschaftler. Dagegen beneiden uns chinesische Intellektuelle und zivilgesellschaftliche Aktivisten – vor allem in Hongkong – um unsere „Redefreiheit“. Chinas Regime argumentierte früher gern, es räume den wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten Vorrang vor den politischen Menschenrechten ein, um die Armut schnell zu bekämpfen. Die Ergebnisse sind nicht zu leugnen. Leider spielen die Menschenrechte aber heute in der Rhetorik der Spitzenpolitiker beider Länder keine nennenswerte Rolle mehr.



**PRAVEEN JHA**  
ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Jawaharlal Nehru Universität in Delhi.

[praveenjha2005@gmail.com](mailto:praveenjha2005@gmail.com)

GESELLSCHAFTSTHEORIE

# Vielfalt plus Gemeinwohl

Mit Anna-Katharina Hornidge, der neuen Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), hat Hans Dembowski sich über systemtheoretische Konzepte ausgetauscht. Es geht um die Frage, was Entwicklung und funktionale Differenzierung miteinander zu tun haben.

Anna-Katharina Hornidge im Gespräch mit Hans Dembowski

**Funktionale Differenzierung ist das zentrale Merkmal der gesellschaftlichen Moderne. Es bedeutet, dass soziale Systeme wie die Wirtschaft, die Wissenschaft oder das Recht sich ihrer eigenen Logik gemäß entfalten. So werden sie besonders leistungsstark, was breiten Wohlstand und viele verschiedene Lebensentscheidungen ermöglicht. Bedeutet Entwicklung im Kern funktionale Differenzierung?**

Nein, gleichsetzen würde ich die Konzepte nicht, aber eine wichtige Grundlage für Entwicklung ist funktionale Differenzierung durchaus. Es geht um eine sehr wirkungsvolle Arbeitsteilung nicht nur zwischen Branchen, sondern zwischen Funktionssystemen. Die Wissenschaft strebt nach Wahrheiten, die Wirtschaft nach Gewinnmaximierung, das Recht nach Gesetzestreue. Die Eigenlogiken der Funktionssysteme führen zur Pluralisierung der Gesellschaft. Sie erfordern letztlich demokratischen Diskurs. Ein autoritäres Durchregieren ist nicht ohne Weiteres möglich. Qualifikation und Leistung statt allein Herkunft, ethnische oder religiöse Zugehörigkeit entscheiden über gesellschaftliche Position und soziale Identität. Viele Gesellschaften mit einem relativ hohen Grad an funktionaler Differenzierung sind wirtschaftlich sehr erfolgreich, darunter skandinavische Länder, Deutschland oder auch Singapur. Häufig, aber nicht immer sind funktional differenzierte Staaten demokratisch verfasst. Spannungen zwischen Funktionssystemen können durch demokratischen Diskurs gelöst werden – das ist aber keine Selbstverständlichkeit. Für die Entwicklungspolitik ist es daher wichtig, einen Fokus auf gute Regierungsführung, trans-

parente Entscheidungen, handlungsfähige Institutionen und die Vergabe von Schlüsselpositionen gemäß Kriterien zu legen, die Qualifikation und berufliche Eignung in den Vordergrund stellen. Dies ist von zentraler Bedeutung für die Entfaltung des Entwicklungspotenzials einer Gesellschaft.

**Funktionale Differenzierung erfordert nicht von Anfang an Demokratie. Der spektakuläre Erfolg Chinas unter Deng Xiaoping lässt sich ebenfalls damit erklären. Dessen autoritäres Entwicklungsregime schuf ein gewisses Maß an Gewaltenteilung, indem es bestimmte Regeln für bestimmte Gebiete erließ und die Grundlage für unabhängige Unternehmenstätigkeit schuf. Das Eigentums- und das Arbeitsrecht wurden ein Stück weit staatlicher Willkür entzogen. Es entstanden zudem ein Kapitalmarkt sowie leistungsfähige Bildungs- und Gesundheitssysteme. Solche öffentlichen Einrichtungen behindern Märkte nicht, sondern beflügeln sie. Das hat auch eine Menschenrechtsdimension. Peking betonte lange, soziale und wirtschaftliche Menschenrechte hätten Priorität vor den politischen. Tatsächlich kann formale Demokratie Ausdifferenzierung blockieren, wenn große Teile der Bevölkerung**

aufgrund von Armut und geringer Bildung vom politischen Leben ausgeschlossen bleiben und mächtige Interessengruppen zugleich Wandel verhindern. Eine ganz andere Frage ist, ob China aktuell noch eine Entwicklungsdiktatur ist – ich habe nicht den Eindruck, dass Xi Jinping funktionale Differenzierung im Sinne größerer Freiheits-spielräume vorantreibt.

Es gibt auch andere Beispiele für autoritäre Entwicklungsregime mit beachtlichen Erfolgen. Singapur ist ein interessantes Beispiel. Dort habe ich über die Jahre immer wieder wissenschaftlich gearbeitet und gelebt. Der Stadtstaat ist viel kleiner als China, aber die „Ein-Parteien-Demokratie“, wie sie sich selbst nennt, hat die gesellschaftlichen Grundlagen für dynamisches Wachstum geschaffen. Wirtschaftsliberale Verfechter Singapurs übersehen, dass Marktkräfte dort nicht einfach freien Lauf haben. Das Regime verteilt um. Es hat ein Bildungs- und Gesundheitswesen aufgebaut und für ausreichenden, erschwinglichen Wohnraum gesorgt. Es herrscht Rechtssicherheit, und Eignung, Qualifikation und Leistung bestimmen über den beruflichen Werdegang und sozialen Status. Märkte brauchen solch eine funktional differenzierte Einbettung, können sie aber selbst nicht herstellen.

**Autoritäre Herrschaft führt aber auch nicht automatisch zu entwicklungsfreundlicher funktionaler Differenzierung. Oft werden Länder einfach nur ausgebeutet. Unter Mi-**



Privatimmobilien stehen in Singapur neben staatlichen Sozialwohnungen.



Chinesische Aktienkurse: Eine funktionierende Börse erfordert ein Mindestmaß an Rechtssicherheit.

**litärdiktaturen sind Pakistan, Ägypten oder Nigeria jahrzehntelang kaum vorangekommen. Ein Entwicklungsregime braucht wohl ein Mindestverständnis von Gemeinwohl.**

In Singapur galt seit seiner Unabhängigkeit 1965 ein unausgesprochenes Abkommen zwischen Regierung und Bevölkerung: „Wir kümmern uns darum, dass es allen gut geht, und dafür verzichtet ihr auf bestimmte Freiheiten.“ Dem entsprach gerade in den 1990ern auch die „Asian Values“-Debatte, die Betonung – vermeintlich – asiatischer Werte wie Fleiß, Sparsamkeit oder Zusammenhalt in der Familie. Dies ändert sich aber. In der Wahl in Singapur vor einigen Wochen erzielte die Opposition zehn von insgesamt 93 Sitzen im Parlament. Dies war bisher unvorstellbar. Gesellschaftliche Inklusion und Integration werden weiterhin stark betont. Gleichzeitig gewinnen demokratische Strömungen an Unterstützung in der Gesellschaft. Diese Betonung von gemeinsamen Werten über ethnische und religiöse Grenzen hinweg ist aber etwas, das Entwicklungsregime von autoritären Rechtspopulisten unterscheidet. Es steht eben gerade nicht das Spalten der Gesellschaft im Vordergrund.

Theoretisch ist klar, dass funktionale Differenzierung, je weiter sie fortschreitet, pluralistischen Austausch und mithin Demokratie nötig macht. In Südkorea und Taiwan ist das so gekommen, in Singapur gibt es Anzeichen dafür, in China bisher nicht.

Die westliche Sozialwissenschaft übersieht tendenziell, dass ausgeprägtere funktionale Differenzierung auch zu Desintegration führen kann. Wo die soziale Diversität ohnehin groß ist, wie in China oder Singapur, gilt das besonders. In einem multikulturellen und multiethnischen Stadtstaat wie Singapur ist Zusammenhalt alles andere als selbstverständlich. Andererseits entmündigt Paternalismus und verdeckt bestehende Probleme. So gelang es Singapur beispielsweise, die Covid-19-Pandemie weitgehend einzudämmen, bis sich das Virus dann rasant in den Unterkünften von Arbeitsmigranten ausbreitete. In ihre Gemeinwohl-Überlegungen hatte die Regierung nur die eigenen Staatsbürger einbezogen. Hier beobachten wir etwas ganz Ähnliches wie in der EU: ein Bündnis von Demokratien, das Menschenrechte betont, diese aber regelmäßig untergräbt, wenn es um Flüchtlinge an den Grenzen geht.

**Autoritäre Entwicklungsregime betonen typischerweise den Nationalstaat und versprechen, das eigene Land auf Weltniveau zu heben. Die starke Betonung der Nation ist aber weltpolitisch problematisch. Aus systemtheoretischer Sicht ist Globalisierung nicht einfach Freihandel, sondern die funktionale Differenzierung der Weltgesellschaft. Funktionssysteme reichen längst über nationale Grenzen hinaus. Wir brauchen globale Lösungen für globale Probleme wie Klimawandel, Finanzstabilität,**

**Pandemien und so weiter. Das erfordert ein gemeinsames Verständnis von globalem Gemeinwohl. Reichen dafür die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs)?**

Sie sind ein ambitionierter und sehr wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Aber das Engagement für die Nachhaltigkeitsziele wirkt noch nicht in die Breite. Die Sprache ist bürokratisch und die multilaterale Entscheidungsfindung oft mühsam. Dahinter stecken unterschiedliche Wertesysteme, die globale Konsensfindung erschweren. Gleichzeitig führt uns die Covid-19-Pandemie vor Augen, wie zentral die global verhandelten SDGs als ein gemeinsames Verständnis von Zukunft sind und wie wichtig ihr integrierter Ansatz ist. Menschliche, tierische und planetare Gesundheit bedingen sich gegenseitig und sind ein weltweites Anliegen. Und sie können nicht ambitioniert genug sein. Aber durch die Pandemie werden die finanziellen Spielräume geringer, die geplanten Maßnahmen zum Erreichen der Ziele umzusetzen.

**Scheitert die multilaterale Politik nicht eher an Interessenkonflikten? In der Außenpolitik der USA ist heute keine Werteorientierung zu erkennen. Es geht nur darum, die Macht von Präsident Donald Trump zu stärken. Seine Partei ist für Freihandel, es sei denn, ihr eigener Präsident erlässt Zölle. Die Republikaner sind gegen Haushaltsdefizite, es sei denn, sie entstehen wegen ihrer eigenen Steuerpolitik. Sie halten Familienwerte hoch, es sei denn, ihr eigener Staatschef zahlt einem Pornostar Schweigegeld. Trumps Regierungsführung läuft auf Entdifferenzierung hinaus. Expertenwissen zählt nicht, die Interessen von Trumps Familie genießen Priorität und jede kritische Stimme wird zum „Volksfeind“ erklärt. Trump will alles bestimmen, aber seine Politik ist zu inkohärent, um etwas anderes als Macht- und Geltungsgier aus ihr herauszulesen.**

Das ist eine korrekte Momentaufnahme. Sie ändert aber nichts daran, dass es schon lange ernsthafte globale Wertedifferenzen gibt. Die USA betonen individuelle Freiheiten gegenüber dem Staat, während China beispielsweise dem Staat die Führungsrolle zuweist. Für erfolgreiche Global Governance mit globalem Gemeinwohl als gemeinsamer Zielgröße brauchen wir mehr Konsens und mehr Kompromisse. Dazu sind mehr Austausch, mehr Diskussion und mehr ge-

gegenseitiges Kennenlernen nötig. Die SDGs skizzieren bereits, wie ein solches globales Gemeinwohl aussehen könnte, aber es muss noch viel geschehen, damit sie wirklich zu Richtlinien globalen Handelns werden. Letztlich müssen wir weltweit verstärkt in Bildung und Ausbildung investieren. Und zwar im Sinne der Aufklärung. Nur wenn Menschen befähigt werden, ihre eigene Situation kritisch zu reflektieren und sich ein eigenes Urteil zu bilden, können sie auch eigenständige Entscheidungen treffen. Dies ist auch die Basis, um mit rasant voranschreitendem Umweltwandel oder sozioökonomischen Veränderungen umzugehen. Und es ist grundlegend wichtig, um Verständnis für andere Positionen zu entwickeln. Wechselseitige Empathie kann dann das Finden gemeinsamer Lösungen ermöglichen.

Das sehe ich auch so, aber mit dieser Position setzen wir uns dem Vorwurf des Eurozentrismus aus. Es stimmt ja leider, dass Voltaire, der wichtige Philosoph der europäischen Aufklärung, vom Sklavenhandel profitiert hat.



Sklavenhalter und demokratischer Revolutionär zugleich: Das Smithsonian Museum in Washington zeigt Thomas Jefferson und Sklavinnen durch Mauer getrennt.

Und Thomas Jefferson und andere Gründerväter der USA waren Sklavenhalter. Jefferson ist aber auch für die großartige Formulierung verantwortlich, dass alle Menschen gleich erschaffen sind und unveräußerliche Rechte haben. Er hat sich an dieses Postulat selbst nicht gehalten – aber deshalb ist es nicht wertlos. Das Bildungssystem kann ohne Beschönigung die Gräueltaten der Kolonialzeit benennen und zugleich die universelle Gültigkeit der Aufklärung bekräftigen. Auf deren Grundprinzipien beruht der Katalog der Menschenrechte. Diesen Katalog dürfen wir nicht aufgeben, denn sonst ist eine am Gemeinwohl orientierte Entwicklung weder global noch auf einzelstaatlicher Ebene möglich.



**ANNA-KATHARINA HORNIDGE** ist Entwicklungs- und Wissenssoziologin. Sie hat die Professur für Globale

Nachhaltige Entwicklung an der Universität Bonn inne und leitet seit März 2020 das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE).  
Twitter: @AnnaK\_Hornidge

## KOMMUNALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

# Voneinander lernen

In den Jahren 2015/16 und 2017/18 gab es zwei Austauschprojekte zwischen Mitarbeitern der Stadtverwaltungen von Aachen und Kapstadt. Ziel war es, die kommunale Zusammenarbeit zu stärken. Die Beteiligten ziehen eine positive Bilanz: Die Sustainable Development Goals (SDGs) können in beiden Kommunen besser umgesetzt werden.

Von Gabriele Schütz-Lembach und Ulrike Devers-Kanoglu

Beide Male waren je sechs Kolleginnen und Kollegen aus den beiden Städten je einmal eine Woche in der Partnerstadt. Sie tauschten sich thematisch gemäß dem Titel „Voneinander lernen – für eine nachhaltige Stadt“ in verschiedenen Bereichen nachhaltiger Stadtentwicklung aus. Diese waren:

- Stadtklima,
- sichere und saubere Stadt,
- Nachhaltigkeit im Alltag/im städtischen Handeln,
- Wirtschaftsförderung (Ökonomie/Ökologie) und
- Hochschulkooperationen.

Es fanden zur gleichen Zeit auch Austausche zwischen den Universitäten und mit Studierenden statt, die inhaltlich mit dem Förderprogramm harmonierten und thematisch eingebunden werden konnten. Der Austausch wurde über Engagement Global mit einem städtischen Eigenanteil von 10 Prozent durch das Land Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Förderprogramms „KEZ = kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ gefördert.

Bei den Besuchen gab es gegenseitige Trainings und operative Arbeitseinsätze, außerdem tauschten sich die Teilnehmer über ihre Arbeitsstrategien und deren Umsetzung aus und prüften eine Übertragbarkeit auf die Verwaltung der Partnerstädte. Die Teilnehmer berücksichtigten dabei auch die unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die im Austausch deutlich wurden.

Diese Form des kollegialen Austausches hat bei den Verwaltungsmitarbeitern zu spürbaren Veränderungen geführt. Sie empfanden das gemeinsame Erleben und die persönlichen Begegnungen als sehr wertvoll. Besonders die Exkursionen mit den Kollegen der jeweiligen Fachgebiete (und anderer Ressorts) gaben Anregungen und gute Beispiele für die eigene Arbeit. Sowohl Verwaltungsmitarbeiter als auch Studierende stellten folgende Lern- und Entwicklungsprozesse im Bereich der Nachhaltigkeit fest:

- Sie erweiterten ihr Wissen im eigenen Fachgebiet und bekamen ressortübergreifende, interdisziplinäre und kulturübergreifende Anregungen.



**Mitarbeiter der Stadtverwaltungen von Aachen und Kapstadt beim Austauschprojekt.**

- Sie gewannen positive Impulse für die eigene Arbeit.
- Sie erlebten eine praxisnahe Vernetzung mit anderen Fachgebieten und bekamen dadurch ein vertieftes Verständnis für die Bedeutung von Querschnittsaufgaben.
- Sie verbesserten ihre Sprach- und Kommunikationskompetenz.
- Einsatzbereitschaft (Aufgaben zusätzlich zur normalen Arbeit) und Motivation (jenseits von Beförderungen und Gehältern) stiegen.

Diese Ergebnisse legen nahe, dass der Austausch eine wertvolle Entwicklung von Kompetenzen in Gang gesetzt hat. Folgt man einer Definition von Erpenbeck (2010), geht es bei Kompetenzen um mehr als nur um Wissen, Fähigkeiten oder Fertigkeiten. Kompetenzen sind ein komplexes Wechselspiel von Wissen, Fähigkeiten, Werten, Erfahrungen und dem Willen zur Umsetzung. Die Rückmeldungen der Mitarbeiter verweisen darauf, dass in diesen Bereichen beachtliche Entwicklungsprozesse in Gang gesetzt worden sind. Ähnlich empfanden es auch die Studierenden, bei denen es besonders zu einem neuen Blick auf grundlegende Werte wie nationale und internationale Verteilungsgerechtigkeit kam.

Für die Ziele des Förderprogramms, bei dem es um die Stärkung kommunaler Zusammenarbeit im Bereich der nachhaltigen Entwicklung sowie um die Umsetzung der SDGs geht, ist das sehr bedeutsam. Sich für diese Ziele stark zu machen, setzt Kreativität, Motivation und Einsatzbereitschaft

seitens der Mitarbeiter in der Verwaltung voraus, was allein über den geringen Spielraum, den Fortbildungsmöglichkeiten und die Besoldung bieten, kaum herzustellen ist. Vielmehr spielen Werte und Überzeugungen der Mitarbeiter, die im kommunalen Austausch eher informell gewonnen wurden, vermutlich eine viel wichtigere Rolle.

Vor diesem Hintergrund haben sich in den vergangenen Monaten tatsächlich einige relevante Veränderungen in den beiden Kommunen ereignet, die der verbesserten Umsetzung der Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele und damit der Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene direkt zu Gute kommen. Auch die Zusammenarbeit der beiden kommunalen Verwaltungen hat sich deutlich verbessert.

So wollen sowohl das Kultur- als auch das Personaldezernat in Aachen die positiven Impulse weiterverfolgen. Das Personaldezernat strebt an, Personalentwicklung, Weiterbildung und Personalgewinnung mit den Partnern zu vergleichen und voneinander zu lernen. Die Kulturdezernentin setzt sich für eine Schulpartnerschaft ein, um die positiven Erfahrungen solcher Austausche im Bildungssektor zu nutzen. Außerdem adaptierte ein Stadtbezirk in Aachen erfolgreich positive Beispiele der Bürgerbeteiligung aus Kapstadt, so dass davon ausgegangen werden kann, dass in Aachen zukünftig bezirksbezogene Workshops (partizipativ für Verwaltung, Vereine, Politik, Handel und Gewerbe) häufiger stattfinden.

In Kapstadt wurde eine Personalstelle geschaffen und besetzt, die sich um internationale Partnerschaften (und Fundraising dafür) kümmern soll. In Aachen wurde eine Delegationsreise nach Kapstadt geplant, die aus Wirtschaftsvertretern, Ratsmitgliedern und führenden Verwaltungsleuten besteht. Diese Delegationsreise erwies sich als inspirierend: So regte der Kapstädter Oberbürgermeister seinen Aachener Kollegen an, nach dem Kapstädter Beispiel ein „Portfolio of Sustainability“ herauszugeben.

Durch derartige Kontakte sollen langfristig nachhaltige Strukturen zwischen Vertretern von Verwaltung, Wirtschaft und Politik entstehen. Dafür sind eine dauerhaft verankerte politische Unterstützung und das Vorhandensein verlässlicher verantwortlicher Ansprechpartner eine wichtige Voraussetzung. Nur so sind kontinuierliche Netzwerkarbeit sowie Aufbau und Pflege von Kontakten möglich. Darauf haben die Teilnehmenden des Austausches in einem abschließenden Workshop hingewiesen.

In gewisser Hinsicht kommt die Kommunalverwaltung in Kapstadt diesem Wunsch mit der Schaffung der Personalstelle für internationale Partnerschaften entgegen, wobei auch dies nur ein Anfang sein kann, da es eine kommunale Querschnittsaufgabe ist. Insofern ist das verpflichtende Engagement aller Beteiligten von zentraler Bedeutung, sowohl seitens der Politik als auch der Verwaltung.

#### LITERATUR

**Erpenbeck, J., 2010: Kompetenzen. Eine begriffliche Klärung. In: Heyse, V., Erpenbeck, J., und Ortman, S. (Hrsg.): Grundstrukturen menschlicher Kompetenzen: Praxiserprobte Konzepte und Instrumente. Waxman, Münster/ New York/ München/ Berlin.**



**GABRIELE SCHÜTZ-LEMBACH**

hat die Entwicklung der Städtepartnerschaft 20 Jahre betreut und mehrere Jahre

Mitarbeiterinnen-Austausche organisiert.  
gsl-ac@posteo.de



**ULRIKE DEVERS-KANOGLU**

hat als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Erwachsenenbildung an der Universität zu Köln gearbeitet.

udk@posteo.de



## Nachhaltigkeit und Finanzwesen

Kapitalmärkte interessieren sich zunehmend für die ökologischen, sozialen und politischen Folgen von Investitionen. Dafür steht auf Englisch das Kürzel ESG (environmental, social and governance impacts). Die Kriterien der früheren Marktnische des ethischen Investierens gewinnen immer mehr Aufmerksamkeit. Tatsächlich hängt langfristig die Stabilität des Finanzsystems davon ab, dass

schädliche Nebenwirkungen von Wirtschaftstätigkeiten eingedämmt werden. Selbstverständlich müssen auch Staatsfinanzen nachhaltig gehandhabt werden.



Dieser Schwerpunkt hat unmittelbaren Bezug zu allen UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDGs).

UNTERNEHMERTUM

# Zukunftsfähigkeit sichern

**Die bekanntesten Unternehmen der Welt sind dank guter Ideen, harter Arbeit und der Nachfrage nach ihren Produkten und Dienstleistungen entstanden. Natürlich spielt auch Geld eine Rolle. Unternehmer müssen schließlich nicht nur die Folgen ihres Handelns auf Gesellschaft und Umwelt berücksichtigen, sondern auch für finanzielle Nachhaltigkeit sorgen. In diesem Essay geht es um die Verbindung von Unternehmertum und finanzieller Nachhaltigkeit.**

Von Ifeyinwa Ugochukwu

Wissenschaft und Finanzbranche interessieren sich zunehmend für das Konzept der Nachhaltigkeit von Unternehmen, nicht zuletzt dank des öffentlichen Diskurses. Besonders in wohlhabenden Ländern sprechen sich viele Menschen für Themen wie Corporate Social Responsibility (CSR) und Corporate Citizenship aus. CSR bedeutet, dass sich die Spitzenmanager über Gewinnmaximierung hinaus für soziale und ökologische Ziele engagieren. Corporate Citizenship bedeutet, dass sich ein Unternehmen als würdiges Mitglied der Gesellschaft bemimmt.

Ein zentraler Gedanke ist, dass der Erfolg eines Unternehmens nicht nur finanziell messbar ist, sondern dass Geschäftspraktiken weithin spürbare negative Folgen für Menschen und die Umwelt haben können. Wer ein Unternehmen führt, darf solche „Nebenwirkungen“ nicht ignorieren, sonst zahlt er womöglich irgendwann einen hohen Preis dafür. Er kann sogar die Zukunft des Unternehmens gefährden, wenn zum Beispiel:

- Kunden beginnen, Produkte und Dienstleistungen abzulehnen,
- ein Unternehmen in kostspielige Rechtsstreitigkeiten verwickelt wird und Entschädigungen zahlen muss,
- Regulierungsbehörden schädliche Geschäftspraktiken plötzlich verbieten.

Es kann auch alles zugleich eintreten – und es gibt noch viele weitere von Unternehmen verursachte schädliche Nebenwirkungen. Zugleich muss jedes Privatunter-

nehmen seine Finanzen im Blick haben. Das galt früher genauso wie heute auf den umkämpften globalen Märkten.

Die Tony-Elumelu-Stiftung, deren Geschäftsführerin ich bin, fördert das afrikanische Unternehmertum. Wir bieten unter anderem Finanzierung, Mentoring und Ausbildung an, fördern die Gründung innovativer Unternehmen und helfen ihnen, wettbewerbsfähig zu werden, wenn möglich auf globaler Ebene. Unsere Unternehmen sollten dazu beitragen, eines oder mehrere der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) zu erreichen. Unsere Philosophie ist, dass Unternehmen, denen es gut geht, Gutes tun können und sollen.

Natürlich muss auch die finanzielle Nachhaltigkeit gesichert sein, das heißt, dass ein Unternehmen genügend Einnahmen und den Zugang zu Finanzdienstleistungen haben muss, um bestehen zu können. Jede Organisation, egal, ob gewinnorientiert, gemeinnützig oder karitativ, braucht einen Plan für finanzielle Nachhaltigkeit. Nur wer ein nachhaltiges Finanzmodell hat, wird überleben. Wichtige Aspekte dafür sind:

- starke und wechselseitig vorteilhafte Beziehungen zu allen Beteiligten,

- ein diversifizierter Finanzierungsmix,
- finanzielle Rücklagen sowie
- regelmäßige Bewertung von Risiken und Betriebskosten.

In der Vergangenheit waren einige gemeinnützige und soziale Unternehmen in hohem Maße auf Hilfe angewiesen. Diese Zeiten sind jedoch langsam vorbei, die Unternehmen müssen künftig mit weniger, vielleicht sogar ohne Unterstützung auskommen. Diesbezüglich muss dringend mehr geforscht werden, und es ist zu hoffen, dass die Erkenntnisse dazu beitragen, neue tragfähige Geschäftsmodelle zu entwickeln. Wie die Wissenschaftler Dean Shepherd und Holger Patzelt (2011) schreiben, ist es unerlässlich, „die Rolle unternehmerischen Handelns als Mechanismus zur Erhaltung von Natur und Ökosystemen zu erforschen und zugleich wirtschaftliche und nicht-wirtschaftliche Gewinne für Investoren, Unternehmer und Gesellschaften zu erzielen“.

Es ist ermutigend, dass es Innovationen gibt, die neue Chancen eröffnen. Crowdfunding etwa ermöglicht dank kleiner Beiträge von vielen verschiedenen Einzelpersonen die Gründung von Start-ups. Dies geschieht meist via Internet. Zukünftig werden wohl auch künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen einen einfacheren und nachhaltigeren Zugang zu Finanzmitteln ermöglichen.

Digitale Konnektivität ist ein Segen, den Unternehmer nutzen sollten. Wer digital sichtbar und geschickt ist, profitiert, nicht zuletzt hinsichtlich des Zugangs zu



Ifeyinwa Ugochukwu 2019 mit afrikanischen Unternehmensgründern beim Forum der Tony-Elumelu-Stiftung.

Finanzmitteln. Leider werden auch viele Firmengründer scheitern – vor allem dort, wo es keinen oder nur eingeschränkten Internetzugang gibt. Bedauerlicherweise gibt es immer noch viele unterversorgte Gebiete in Afrika und anderen Regionen.

Wo die Infrastruktur schwach ist, können formelle Privatunternehmen nicht erfolgreich sein. Moderne Unternehmen brauchen nicht nur Internet. Sie brauchen auch eine zuverlässige Wasser- und Stromversorgung sowie Transportmöglichkeiten. Auch ist ein Zugang zu Finanzdienstleistungen und ein Mindestmaß an Rechtsstaatlichkeit nötig, und sie werden nur dort ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte finden, wo das öffentliche Bildungswesen grundsätzlich funktioniert. Auch soziale Infrastruktur ist wichtig. Eine schlechte Gesundheitsversorgung kann Unfälle und Krankheit zum ernsthaften Problem für Firmen machen.

Eine schlechte Infrastruktur ist nicht nur eine Folge von Armut, sie hält sie auch aufrecht. Volkswirtschaften, in denen der informelle Sektor dominiert, wie fast überall in Afrika, können nicht gedeihen. Der

informelle Sektor hält die Menschen in der Armut gefangen (siehe Christiane Laibach im Monitor des E+Z/D+C e-Papers 2020/02).

Weltweit hat die Covid-19-Pandemie erneut gezeigt, wie ungleich Gesellschaften sind. Arme und verletzte Gemeinschaften sind am härtesten betroffen. Wir dürfen Ungleichheit nicht akzeptieren. Chancen müssen für alle zugänglich werden, das ist auch eine wichtige Forderung der SDG-Agenda. Finanzinvestoren liegen falsch, wenn sie nur die monetären Erträge, auch aus Derivaten und Futures-Märkten, berücksichtigen. Die Realwirtschaft muss auf die Lösung von Problemen ausgerichtet sein und der Schwerpunkt muss auf der Produktivität, den Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen sowie auf einer gesunden Umwelt liegen. Niemand soll zurückgelassen werden. Uns auf unsere Menschlichkeit zu besinnen, ist unsere größte Hoffnung, um Nachhaltigkeit zu erreichen – auch finanzielle.

Die Tony-Elumelu-Stiftung wird weiter nachhaltige Finanzierungen für Neugründungen in benachteiligten Gebieten Afrikas bereitstellen. Dort wird das Geld am

dringendsten benötigt. Wir unterstützen vielversprechende Unternehmer mit Startkapital. Afrika muss innovative Produkte und Dienstleistungen kreieren, diese auch weltweit an Kunden liefern und sich in globale Lieferketten integrieren. Viele Unternehmen, die wir unterstützt haben, haben bewiesen, dass sie zum Erfolg der SDGs beitragen und zugleich guten Gewinn machen können.

LITERATUR

Shepherd, D. und Patzelt, H, 2011: *The new field of sustainable entrepreneurship: Studying entrepreneurial action linking “What is to be sustained” with “What is to be developed”*. In: *Entrepreneurship: Theory and Practice*, No. 35, S. 137-163.



**IFEYINWA UGOCHUKWU** ist Geschäftsführerin der Tony-Elumelu-Stiftung. Die philanthropische Einrichtung hat ihren Sitz in Lagos,

Nigeria.

[ebube.emodi@tonyelumelufoundation.org](mailto:ebube.emodi@tonyelumelufoundation.org)  
<https://www.tonyelumelufoundation.org/>

NACHHALTIGE FINANZIERUNG

# Internationale Standards sind wichtig

**Für den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft braucht es einen Finanzsektor, der die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) und den Pariser Klimavertrag unterstützt. Die Kriterien für nachhaltige Finanzprodukte müssen klar definiert und international abgestimmt sein.**

Von Kathrin Berensmann

Nachhaltige Finanzierung bezieht sich zum einen auf Umweltaspekte wie die Anpassung an den Klimawandel, zum anderen auf

soziale Aspekte, beispielsweise Ungleichheit, und drittens auf Governance, etwa in öffentlichen Institutionen oder privaten Unternehmen. Neben diesen ESG-Faktoren (Environmental, Social and Governance) ist finanzielle Tragbarkeit ein weiterer wichtiger Bestandteil der nachhaltigen Finanzierung.

Für die Definition nachhaltiger Finanzinstrumente sind Standards und Kriterien nötig. Sie erhöhen die Transparenz, stärken das Vertrauen und ermöglichen es den Anlegern, zwischen grünen und nicht grünen Instrumenten zu unterscheiden. Auch für die

interne Budgetierung, Rechnungslegung und Messung der Leistung von Finanzinstituten ist eine solche Definition wichtig, ebenso für ein angemessenes Umweltrisikomanagement. Gleichermaßen ermöglichen klare Standards den politischen Entscheidungsträgern, nachhaltige Entwicklung gezielt zu unterstützen, etwa durch Steuerbefreiungen oder Subventionen.

Auf der anderen Seite können zu strenge Standards auch ein Hindernis für nachhaltige Finanzinstrumente darstellen, zum Beispiel für die Emittenten von grünen Anleihen (Berensmann et al., 2017). Um ihre Vorteile ausspielen zu können, müssen die verschiedenen Standards für nachhaltige Finanzinstrumente auf internationaler Ebene aufeinander abgestimmt werden – zum Beispiel die Standards für grüne Anleihen.

Der am meisten verwendete internationale Standard für grüne Anleihen sind die freiwilligen Green Bond Principles von der International Capital Market Association,



Kriterien definieren, wann eine Investition „grün“ ist. Windpark in Jordanien.

einem internationalen Branchenverband für Kapitalmarktteilnehmer. Die meisten der anderen Green-Bond-Standards bauen auf ihnen auf. Allerdings sind die Green Bond Principles zu wenig spezifisch, und es gibt zusätzlich eine Reihe von nationalen, regionalen und internationalen Standards, die nur zum Teil aufeinander abgestimmt sind. Dazu gehören unter anderen der ASEAN Green Bond Standard, der EU Green Bond Standard und die Standards der Climate Bond Initiative.

Auch für externe Überprüfungen gibt es zahlreiche Standards und Instrumente. Zur Verhinderung von „Greenwashing“ sind externe Evaluierungen wichtig, die bewerten, ob die Einnahmen für grüne Projekte verwendet werden.

## EU-AKTIONSPLAN

Die EU ist diese Probleme angegangen. 2018 hat die Europäische Kommission einen Aktionsplan zur Finanzierung von nachhaltigem Wachstum erstellt, der auch eine Strategie für ein nachhaltiges Finanzsystem beinhaltet (EC, 2018). Um Standards und Kennzeichnungen für umweltfreundliche

Finanzprodukte zu schaffen, rief die EU-Kommission eine technische Expertengruppe (Technical Expert Group – TEG) für nachhaltige Finanzen ins Leben, die vor allem folgende Arbeitsbereiche umfasst:

- Erstellung eines „Klassifizierungssystems (Taxonomie) für ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten“,
- Entwicklung eines „EU Green-Bond-Standards“, der mit der Taxonomie verknüpft wird,
- Erarbeitung von „Leitlinien für klimabezogene Berichterstattung von Unternehmen“, und
- „Leitlinien zu EU-Klimaschutz-Referenzwerten und die Offenlegung von ESG-Faktoren“.

Die EU hat im März 2020 ein einheitliches Klassifizierungssystem für ökologisch nachhaltige und klimafreundliche Investitionen vorgelegt, das in die EU-Rechtsvorschriften eingebunden wird. Diese Taxonomie legt Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten fest. Zum einen soll sie dabei helfen, bereits bestehende umweltfreundliche Aktivitäten zu identifizieren, zum anderen den Zugang zu umweltfreundlichen Finanzmitteln verbes-

sern. In der Folge können kohlenstoffarme Sektoren ausgebaut und kohlenstoffreiche dekarbonisiert werden (EC, 2020a).

Es ist begrüßenswert, dass die EU eine marktübergreifende, rechtlich verbindliche Taxonomie erstellt hat. Ein Nachteil besteht aber darin, dass diese außerhalb der EU international nicht abgestimmt ist. Grundsätzlich ist es schwierig, weltweit gültige Taxonomien durchzusetzen, weil dann nationale Umstände wie die wirtschaftliche und technologische Entwicklung nicht berücksichtigt werden können. Wenn es aber unterschiedliche Taxonomien gibt, müssen die Unterschiede transparent gemacht werden. Die EU hat auf internationaler Ebene eine Plattform für nachhaltige Finanzierung einberufen, die den Dialog fördern und die Koordinierung bei der Entwicklung von Taxonomien unterstützen soll.

## AKKREDITIERUNGSSYSTEM FÜR PRÜFER

Bisher gibt es keinen verbindlichen internationalen Standard für die Überprüfung von nachhaltigen Finanzinstrumenten. Der EU-Vorschlag für einen Standard für grüne Anleihen beinhaltet auch ein Akkreditierungssys-

tem für externe Prüfer dieser Anleihen (EC, 2019a). Im Idealfall kann dieser Standard eine Benchmarking-Rolle für die internationalen Finanzmärkte übernehmen. Ob das gelingen wird, ist aber noch nicht klar. Zunächst ist der Vorschlag nur auf die EU beschränkt. Sinnvoll wäre die Schaffung einer unabhängigen internationalen Institution mit Mitgliedern der wichtigsten privaten und öffentlichen Marktteilnehmer und Regulierungsbehörden, die die internationale Angleichung der Green-Bond-Zertifizierung sicherstellt.

Insgesamt hat die EU mit dem Aktionsplan wichtige Meilensteine für die Mobilisierung von privatem Kapital für

nachhaltige Wirtschaftstätigkeit gelegt. Aufgrund der Verflechtung der internationalen Finanzmärkte wäre es wichtig, diese Richtlinien mit anderen regionalen und nationalen Richtlinien abzustimmen.

LITERATUR

Berensmann, K. und Lindenberg, N., 2017: *Green finance across the universe*. In: S. Bou-baker, S. et al. (Hrg.): *Ethics, ESG and sustainable prosperity*, World Scientific Publishing.  
 EC (European Commission), 2020a: *Taxonomy: Final report on the Technical Expert Group (TEG) on sustainable finance*, März 2020.  
 EC, 2019a: *Report on the EU Green Bond*

*Standard. Financing a sustainable European economy. Technical Expert Group (TEG) Report*, Juni 2019.

EC, 2019b: *The European Green Deal*. Brüssel, 11.12.2019.

EC, 2018: *Action Plan: Financing sustainable growth*, Brüssel, 8.3.2020.



**KATHRIN BERENSMANN**  
 ist Senior Researcher und Projektleiterin beim Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE).

*kathrin.berensmann@die-gdi.de*

## Enormer Finanzbedarf

Nachhaltige Finanzierung wird bei der Erholung von der Covid-19-Pandemie eine Schlüsselrolle spielen. Der Europäische Rat hat die zentrale Funktion des Green Deals in seiner „Roadmap for Recovery“ anerkannt (EC, 2020b). Der Green Deal umfasst eine neue Wachstumsstrategie, die eine ressourcenschonende Wirtschaft zum Ziel hat.

Zur Umsetzung des Green Deals sind nachhaltige Investitionen in enormer Höhe erforderlich (EC, 2019a). Dazu, wie hoch der Finanzbedarf sein wird, gibt es unterschiedliche Schätzungen. Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (United Nations Conference on Trade and Development – UNCTAD) schätzte 2014 beispielsweise die jährliche Investitionslücke für Entwicklungsländer zum Erreichen der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) auf zirka 2,5 Billionen Dollar (UNCTAD, 2014).

Dieses Volumen kann nicht allein mit öffentlichen

Mitteln finanziert werden. Aus diesem Grund sind für den Übergang zu einer nachhaltigeren Wirtschaft umfangreiche Investitionen des Privatsektors erforderlich.

Zu den größten Problemen für die Mobilisierung

privaten Kapitals zählt das Fehlen harmonisierter Standards für die Definition und Überprüfung nachhaltiger Finanzinstrumente (s. Haupttext). Weitere Hürden sind der oft unterschiedliche Informationsstand von Investoren und Schuldern sowie mangelnde Transparenz und Offenlegung, die es Regulierern, Nichtregierungsorganisationen und

Forschungseinrichtungen erschwert, nachhaltige Finanzinstrumente zu bewerten. Des Weiteren passen die eher langfristigen nachhaltigen Investitionsvorhaben nicht zum kurzfristigen Zeithorizont vieler Sparer und Investoren. Politische Risiken wie fehlende strategische Signale, politische Länderrisiken, regulatorische Risiken oder verzerrende politische Maßnahmen spielen ebenfalls eine Rolle (Berensmann et al., 2017)

In Entwicklungsländern kommt erschwerend hinzu, dass wenig entwickelte Kapitalmärkte nur wenige nachhaltige Finanzprodukte anbieten. Es gibt auch nur wenige Investoren. Oft fehlt Fachexpertise, und Institutionen haben keine ausreichenden Evaluierungskapazitäten. kb



Zur Umsetzung des Green Deals sind beträchtliche nachhaltige Investitionen erforderlich.

LITERATUR

EC (European Commission), 2020b: *A roadmap for recovery. Towards a more resilient, sustainable and fair Europe*. Brüssel, 21.04.2020.  
 UNCTAD, 2014: *World Investment Report 2014. Investing in the SDGs: An action plan*. United Nations Publications, Genf.

ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG

# Lokale Lieferketten und digitale Angebote ausbauen

**Die Corona-Pandemie beeinträchtigt die wirtschaftliche Lage in vielen Entwicklungsländern erheblich. Umso wichtiger ist es, eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas weiter zu unterstützen. Entwicklungsfinanzierer wie die DEG sind dabei besonders gefordert.**

Von Monika Beck

Die DEG, ein Tochterunternehmen der KfW Bankengruppe, finanziert und berät private Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Dabei steht sie in engem Dialog mit ihren Kunden und Partnern, um passende Lösungen für deren jeweilige Situation und Herausforderung zu finden. Zur Messung der Entwicklungswirkung der mitfinanzierten Vorhaben hat die DEG das Development Effectiveness Rating (DERa) entwickelt. Als Kriterien für nachhaltige Entwicklung werden für jedes Unternehmen quantitative und qualitative Indikatoren erhoben. Diese sind:

- gute und faire Beschäftigung,
- lokales Einkommen,
- Entwicklung von Märkten und Sektoren,
- umweltverträgliches Wirtschaften und
- Nutzen für lokale Gemeinden.

Die DEG analysiert jährlich, wie jedes ihrer Unternehmen in diesen Kriterien abschneidet und kann anhand der Daten die Dynamik der Entwicklung und den Fortschritt abbilden. So kann der Finanzierer Entwicklungen über die Jahre sichtbar machen und mit seinen Kunden gezielt an den Nachhaltigkeitskriterien arbeiten (siehe Interview mit Christiane Rudolph im Monitor des E+Z/D+C e-Papers 2020/09).

Aktuell im besonders schwierigen Umfeld arbeitet die DEG daran, die Unternehmen weiter zu unterstützen und mit eigens entwickelten Maßnahmen die Covid-19-Folgen abzumildern. Gefördert werden

diese auch vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Es gibt zum Beispiel Programme im Bereich Gesundheit und für Lohnfortzahlung, etwa in der Textilbranche in Bangladesch oder in Tunesien. Die DEG bietet auch Liquiditätsunterstützung an, mit der das Unternehmen in der Lage ist, Lohnfortzahlung zu leisten oder Ähnliches abzufedern.

Unabhängig von Corona sind Finanzierungsangebote für das produzierende Gewerbe ein wichtiger Ansatz. Lokale Wertschöpfungs- und Lieferketten müssen weiter ausgebaut werden. Im Dienstleistungsbereich kommt dem Lebensmittelein-

zelhandel eine besondere Bedeutung zu. So ist etwa die kenianische Supermarktkette Naivas mit mehr als 60 Filialen und rund 6000 Angestellten ein wichtiger Auftraggeber für Zulieferer: Mehr als 90 Prozent ihrer Waren kommen von lokalen und regionalen Lieferanten. Die DEG beteiligte sich im April 2020 an dem Unternehmen, um die Erweiterung der stationären Läden und Online-Angebote sowie den Ausbau lokaler Lieferketten zu ermöglichen. Im Zuge der Expansion will Naivas zahlreiche Arbeitsplätze schaffen.

Aktuell besonders wichtig ist auch die Finanzierung und Begleitung von innovativen Unternehmen, die sich für den Ausbau neuer Technologien und vor allem für digitale Vernetzung engagieren. Diese Branchen waren schon in den vergangenen 10 bis 15 Jahren in Asien und Afrika Treiber für Entwicklung: Einige Entwicklungsländer haben bereits in den Ausbau ihrer Infrastruktur investiert, vor allem in Breitbandnetze und Telekommunikation, aber auch in den Energiesektor.



Der regionale Onlineshop Copia in Kenia liefert den Endkunden ihre Produkte in bereits bestehende Kioske wie hier im Umland Nairobis.

Digitale Finanzdienstleistungen sind in Entwicklungs- und Schwellenländern gefragt, weil die wenigsten Menschen dort ein klassisches Bankkonto oder anderweitig Zugang zu Bankdienstleistungen haben. Mit Hilfe digitaler Technologien entstehen seit über einem Jahrzehnt neue Geschäftsmodelle, zum Beispiel „Mobile Money“, also das Abwickeln von Bankgeschäften per Handy. Mit anderen Digital-Finance-Produkten, etwa für Kredite, können Nutzer per Handy alle Schritte vom Kreditangebot über den Genehmigungsprozess bis zur Rückzahlung in digitaler Form abwickeln. Fintech-Unternehmen, wie das von der DEG finanzierte indische LivFin, erreichen auch Einzelunternehmer, die bislang keinen Zugang zu Finanzdienstleistungen hatten oder auf Geldverleiher angewiesen waren, die oft sehr hohe Zinsen verlangen.

Auch digitalisierte Gesundheitsangebote sind gefragt. So ist zum Beispiel die frühe Information von Patienten mit Verdacht auf eine Corona-Infektion gerade in Entwicklungsländern wichtig, da diese nur

sehr wenige Intensivbetten haben. Penda Health, einer der größten privaten Gesundheitsdienstleister Kenias, setzt deshalb auf seine starke Präsenz in den sozialen Medien. Das Unternehmen informiert dort sowie mittels Callcentern verstärkt über Corona und Präventionsmaßnahmen, um möglichst viele Menschen zu erreichen und die Patientenzahlen in den medizinischen Versorgungszentren besser zu steuern.

Ein weiteres Geschäftsfeld für digitale Vernetzung ist die Versorgung mit Konsumgütern auch auf dem Land. Mit vernetzten Bestell- und Transportsystemen in Handel und Logistik können Händler Vertriebskosten reduzieren und Bauern wie auch andere Produzenten ihre Absatzmärkte erweitern. Regionale Onlineshops wie Copia in Kenia liefern Endkunden ihre Produkte in bereits bestehende Kioske und lösen so das „Last Mile“-Problem auch in ländlichen Regionen ohne klassische Postzustellung (siehe Interview mit Sophia Waweru im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Papers 2019/09). Wie wichtig der digitale Handel ist, zeigt sich

gerade jetzt in Zeiten der Corona-Pandemie, in denen etwa Copia seine Umsätze deutlich steigern konnte.

Industrielländer, die nicht zu den „Early Adopters“ zählen, könnten sich weniger entwickelte Länder wie Kenia, Tansania, Indien oder Indonesien zum Vorbild nehmen, in denen digitale und vernetzte Kommunikationsmittel oft schnell in betriebliche Prozesse eingebunden und bereits mit Selbstverständlichkeit genutzt werden. In Entwicklungsländern wiederum könnten europäische Investoren Themen wie Daten- und IT-Sicherheit, Verbraucherschutz oder Schutz des geistigen Eigentums stärker voranbringen. Ein verstärkter Austausch würde somit zu noch besseren Lösungen führen.



**MONIKA BECK**  
ist Mitglied der Geschäftsführung der DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH.

presse@deginvest.de

# GRATIS- Abonnements

Wir aktualisieren unsere Vertriebsliste. Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und anderweitige Institutionen mit Bezug zur internationalen Entwicklungspolitik können derzeit die Druckausgaben von E+Z gratis abonnieren. Das gilt ebenso für Individuen, die beruflich oder ehrenamtlich in diesem Bereich arbeiten. Das Abo kann auf unserer Website bestellt werden:

[www.dandc.eu/de/ez-abonnement](http://www.dandc.eu/de/ez-abonnement)

Die Hefte enthalten nicht alles, was wir auf der Website ([www.dandc.eu](http://www.dandc.eu)) veröffentlichen. Sie dokumentieren dauerhaft wichtige Aspekte der internationalen Entwicklungsdebatte.





**Covid-19 verschärft die Wirtschaftskrise: Einzelhandel in Buenos Aires.**

STAATSSCHULDEN

## Zeit gewonnen

**Argentinien ist der Zahlungsunfähigkeit, die wegen seiner massiven Auslandsschulden drohte, entgangen. Dennoch ist eine nachhaltige Lösung der anhaltenden Schuldenprobleme noch immer nicht in Sicht.**

Von José Siaba Serrate

Ende August erzielte Argentinien eine Vereinbarung mit privaten Gläubigern, die Schulden von 65 Milliarden Dollar fast ganz umzustrukturieren. Folglich ist das Land nun nicht zahlungsunfähig, und Präsident Alberto Fernández von den Peronisten, einer Mitte-Links-Partei, kann nun die Wirtschaft reformieren.

Das hatte schon sein Mitte-Rechts-Vorgänger Mauricio Macri versucht; sein orthodoxer Ansatz scheiterte jedoch. Die Liste der argentinischen Finanzkrisen ist lang und scheint endlos (siehe Jorge Sabrido im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Papers 2018/08). Um den Teufelskreis von Kreditaufnahme, Zahlungsausfällen und Umschuldung zu durchbrechen, muss Argentinien seine Wirtschaft grundlegend ändern.

Im August einigten sich private Gläubiger wie die globalen Vermögensverwalter BlackRock und Fidelity darauf, in den nächsten vier Jahren anstehende Fälligkeiten auf argentinische Staatsanleihen zu verlängern und dabei niedrigere Zinsen zu akzeptieren. Der Durchschnittszins sank von sieben Prozent auf rund drei Prozent. Das von Wirtschaftsminister Martín Guzmán ausgehandelte Abkommen entspricht wegen der niedrigeren Zinsen bis 2030 einem Schuldenerlass von 38 Milliarden Dollar. Interessanterweise forderten die Gläubiger weder eine vorherige Einigung Argentiniens mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) noch eine genaue Prüfung der argentinischen Konten.

Noch beachtlicher ist, dass private Gläubiger nicht auf spezifischen Reformen bestanden, um Argentinien zu nachhaltigem Wachstum zu führen. Sie akzeptierten vielmehr recht allgemeine Leitlinien. Argentinien ist weder klare politische Verpflichtungen eingegangen, noch wurden spezifische Ziele definiert.

Der Financial Times sagte Fernández, er glaube nicht an feste Zielvorgaben und Pläne. Minister Guzmán präsentierte in den Verhandlungen die „Debt Sustainability Guidelines“, ein Dokument, das auf Wirtschaftsprognosen basiert, die wegen Corona schon jetzt unrealistisch sind.

Die Gespräche thematisierten die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie gar nicht. Die Unterhändler beider Seiten betrachteten diese als vorübergehenden Einkommenschock ohne Langzeitfolgen. In den Verhandlungen erhöhte Argentinien immer wieder den Betrag, den es zur Rückzahlung anbot, bis er schließlich für die Anleihegläubiger akzeptabel war. Zahlen kann das Land aber nur, wenn die Wirtschaft sich erholt, was die Pandemie erschwerte.

Waren die Gläubiger ungewöhnlich großzügig? Dagegen spricht, dass die neuen, realistischeren Konditionen Argentinien bessere Chancen geben, seine Schulden zu bedienen. Die Gläubiger hoffen, das Abkommen werde die Anleihekurse Argentiniens in die Höhe treiben – wovon sie profitieren würden.

Argentinien wird nun versuchen, die Schulden in Höhe von 45 Milliarden Dollar, die es seinem größten Einzelgläubiger IWF schuldet, zu refinanzieren. Die Gespräche werden voraussichtlich sechs Monate dauern und sich auf Darlehen mit Fälligkeiten zwischen 2021 und 2024 konzentrieren.



Der private Schuldendeal hat Argentinien vor einer Liquiditätskrise gerettet. Mit dem IWF wird das schwieriger werden. Das Land wird nachweisen müssen, dass es seinen Verpflichtungen künftig nachkommen kann. Dafür muss es glaubwürdige Wirtschaftsdaten ansetzen und einen soliden Plan für den Aufschwung vorlegen. Dem IWF muss Argentinien beweisen, dass es die gewonnene Zeit klug nutzen wird.

## DER STAGFLATION ENTGEHEN

Der Wiederaufbau ist eine Riesenaufgabe, denn die Wirtschaft liegt am Boden. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird 2020 nur etwa so hoch sein wie 2008. Das Pro-Kopf-BIP ist um mehr als 12 Prozent geschrumpft. Die Inflation liegt trotz Preiskontrollen bei etwa 40 Prozent. Covid-19 hat die Privatwirtschaft zerstört, höhere Staatsausgaben (und Haushaltsdefizite) nötig gemacht und die Armutsquote von 35,5 Prozent auf bis zu geschätzten 45 Prozent erhöht.

Argentiniens Volkswirtschaft ist relativ geschlossen, mit pandemiebedingt minimalen Importen. Die Devisenreserven schwinden schnell, obwohl die Regierung Maßnahmen gegen Kapitalflucht ergriffen und das Umstrukturierungsabkommen abgeschlossen hat. Der inoffizielle Wechselkurs schwankt frei und weicht um 70 bis 80 Prozent vom offiziellen Wechselkurs ab, der in einer gewissen Bandbreite an den Dollar gebunden ist. Es ist mit weiteren Abwertungen zu rechnen, was die Inflation weiter antreiben wird. Die Regierung weiß, dass sie etwas ändern muss, um ausländisches Kapital anzulocken. Sonst kann sie die stagnierende Wirtschaft nicht wieder in Gang bringen. Das zeigt unter anderem die hohe Risikoprämie auf neue argentinische Staatsanleihen: Ihr Zinssatz liegt 10 Prozentpunkte über dem von US-Staatsanleihen. Bei den bevorstehenden Verhandlungen mit dem IWF wird Argentinien einen glaubwürdigen Plan zur Bekämpfung der Stagflation vorlegen müssen. Stagflation bedeutet, dass eine Volkswirtschaft gleichzeitig hohe Inflation, hohe Arbeitslosigkeit und kein Wachstum erfährt.

Bislang verspricht Argentinien, das Wachstum durch Ausbau der Exportwirtschaft anzukurbeln. Wegen der Rezession und nach Wechselkursabwertungen, die Importe verteuern, hat das Land allerdings derzeit tatsächlich einen Handelsüberschuss



von 18 Milliarden Dollar. Leider untergräbt die Regierung mit hohen Exportsteuern auf Agrarprodukte ihre eigene Strategie. Die Landwirtschaft ist Argentiniens stärkste Branche. Ein Sojabohnenproduzent zahlt 33 Prozent Steuern auf Exporte; für nachhaltiges Wachstum braucht es andere Ansätze.

Notwendig ist auch eine Verschlan- kung des öffentlichen Dienstes. Als die Rohstoffpreise nach der Jahrtausendwende boomten, und selbst danach, wurde dieser Sektor maßlos aufgebläht. Seit Januar 2012 sank die Zahl der in der Privatwirtschaft Beschäftigten um 3,9 Prozent, im öffentlichen Sektor aber stieg sie um fast 25,9 Prozent. Das belastet die Wirtschaft. Auch muss der Staatshaushalt besser austariert werden. Die Regierung plant für 2021 ein Primärdefizit (Haushaltsdefizit ohne Zinszahlungen) von 4,5 Prozent der Wirtschaftsleistung. Das ist weit mehr als die von privaten Gläubigern prognostizierten 0,5 bis 0,9 Prozent. Um Schulden abzubauen, sind aber Primärüberschüsse nötig.

## POLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN

Argentinien hat ein paar Stärken zu Beginn des Reformprozesses. Berücksichtigt man argentinische Investitionen im Ausland, so ist das Land ein globaler Nettogläubiger mit einem Finanzvermögen von 121 Milliarden Dollar (Stand März 2020). Im März 2020 übertrafen argentinische Privatinvestitionen im Ausland den Wert, den das Land ausländischen Gläubigern schuldet, um 57 Prozent.

Die Risikoprämie für Argentiniens Staatsschulden ist hoch, aber Privatfirmen bekommen erschwingliche Kredite. Die Kreditgeber schätzen, dass die meisten Gläubiger ihre Schulden pünktlich bedienen. Es gibt erfolgreiche Unternehmer: Argentinien ist Heimat des dynamischsten und wert-

vollsten Unternehmens Lateinamerikas, des e-Commerce-Giganten Mercado Libre. Nach dem Regierungswechsel im vergangenen Jahr zog sein Gründer, Marcos Galperin, allerdings nach Uruguay.

Andererseits erschwert Argentinien politische Polarisierung Reformen. Als Vorwahlen im August 2019 zeigten, dass Fernández die Präsidentschaftswahlen im Oktober gewinnen würde, wurde Argentinien ohnehin schwierige Schuldensituation auf einen Schlag untragbar. Der Peso verlor ein Drittel seines Wertes und börsennotierte Unternehmen die Hälfte ihrer Marktkapitalisierung. Die Risikoprämie auf argentinische Anleihen an den Finanzmärkten stieg von 8 auf 14 Prozent.

Die Regierung unterhöhlt leider immer wieder das Vertrauen von Investoren und Kreditgebern. Ein Beispiel war der gescheiterte Versuch, den bankrotten Soja-Verarbeiter Vincentin zu übernehmen. Ein weiteres war die Einstufung mehrerer Telekommunikationsunternehmen als öffentliche Versorger, um Tarife zu regulieren. Die Regierung versucht zudem, neue Richter und Staatsanwälte zu ernennen und Richter abzusetzen, die sich mit Korruptionsfällen befassen, in die Vizepräsidentin Cristina Fernández de Kirchner involviert ist. Sie ist die ehemalige peronistische Präsidentin und mit Alberto Fernández nicht verwandt.

Solches Taktieren sorgt für Spannungen zu einer Zeit, in der eine gemeinsame Strategie gefragt ist. Damit investiert wird, muss Argentinien im In- und Ausland Vertrauen gewinnen. Die Regierung darf weder Wähler noch Investoren durch schlechte Amtsführung wie etwa Manipulationsversuche in der Justiz irritieren.

Die Volkswirtschaft muss aus eigener Kraft und mit geordnetem Staatshaushalt wieder wachsen. Opfer sind nötig, werden aber nicht reichen. Vertrauen schaffen Regierungen mit klaren Plänen und stimmigen Visionen. Dass es daran mangelt, ist Argentiniens eigentliches Problem.



**JOSÉ SIABA SERRATE**  
ist Volkswirt an der  
Universität von Buenos Aires  
und der Uni des Zentrums für  
makroökonomische Studien

(UCEMA), einer Privatuniversität in Buenos Aires. Er ist zudem Mitglied des Argentinischen Rates für Internationale Beziehungen (CARI).  
[josesiaba@hotmail.com](mailto:josesiaba@hotmail.com)

STAATSFINANZEN

# Am Steuer

Afrikanische Regierungen stehen vor schweren Aufgaben: Sie müssen die Produktivität ihrer Volkswirtschaften steigern, sie auf Nachhaltigkeit ausrichten und zugleich die Staatsfinanzen stabil halten. Dereje Alemayehu von der Global Alliance for Tax Justice sagt, sie bräuchten umfassende Entwicklungsstrategien, und ein günstiges internationales Umfeld könne helfen.

Dereje Alemayehu im Interview mit Hans Dembowski

Privatinvestitionen können ökologische, soziale und politische Schäden anrichten. Manche Investoren achten darauf, das zu verhindern. Gebräuchlich ist dafür das Kürzel ESG-Investment – es steht für “environmental, social and governance-related impacts”. Reicht das oder muss mehr geschehen?

Freiwilliges Handeln ist gut und kann innovative Optionen testen. Für gesellschaftlichen Wandel reicht das aber nicht. Wenn wir die Geschichte betrachten, sehen wir, dass verbindliche Regeln nötig waren, um den Achtstundentag einzuführen oder die Kinderarbeit abzuschaffen. Klare Regel und Sanktionen sind unverzichtbar.

**Sind die politischen Systeme von Entwicklungsländern stark genug, um entsprechende Gesetze zu erlassen und durchzusetzen?**

Es kann und sollte viel geschehen. Es geht nicht einfach um eine technokratische oder bürokratische Aufgabe. Die Umsetzung erfordert viel politischen Willen. Regierungen sollten Zivilgesellschaft und Privatsektor in die Entscheidung einbeziehen, um Rechenschaftspflichten zu schaffen. Nötig sind klare und durchsetzbare Regeln. Wenn derlei

mit den betroffenen Partnern ausgehandelt wird, gelingt das eher. Mit dem nötigen politischen Willen kann eine Regierung viel erreichen.

**Sind internationale Standards nötig?**

Sie sind sicherlich nützlich, müssen aber dem jeweiligen nationalen Kontext angepasst werden. Nationale Behörden sind entscheidend.

**Wie sieht es mit dem informellen Sektor aus? Subsistenzlandwirtschaft und Kleingewerbe leiden sicherlich oft unter der Betriebstätigkeit großer Unternehmen, ohne dass es überhaupt systematisch wahrgenommen wird.**

Die entscheidende Frage ist, ob eine Regierung eine gut konzipierte nationale Entwicklungsstrategie verfolgt. Solch eine Strategie muss den informellen Sektor sowohl mit stärkeren Branchen verbinden als auch Schritte enthalten, die seine Produktivität steigern. Meist bedeutet das Formalisierung. Ohne solch eine Strategie gibt es keinen Erfolg.

**Was bedeutet die Covid-19-Pandemie für die Nachhaltigkeit von Staatsfinanzen in Entwicklungsländern?**

Die von der Pandemie ausgelöste Wirtschaftskrise ist doppelt problematisch. Einerseits reduziert sie die Staatseinnahmen, andererseits macht sie höhere Staatsausgaben notwendig. Höhere Schulden sind in diesem Szenario nicht die beste Lösung. Regierungen sollten prüfen, welche Steuer- und sonstigen Subventionen unnötig sind. Je mehr sie davon streichen, desto größer wird ihr fiskalischer Spielraum. Sie müssen jetzt alles tun, um illegitime Geldströme einzudämmen. Das gilt für die Regierung von Entwicklungsländern ebenso wie von Industrieländern. Wir dürfen nie vergessen, dass Geldwäsche in reichen Finanzzentren Probleme in Entwicklungsländern verschärft. Immense Summen fließen wegen Korruption, Steuerhinterziehung, Verbrechen und illegitimen Handelns aus Niedrigeinkommen-Ländern ab. Wichtig ist auch, dass manche Unternehmen von der Krise profitieren, und zwar besonders Internetgiganten wie Amazon und Facebook. Deren Sondergewinne müssen besteuert werden. Es gilt nun, nicht auf höhere Schulden zu setzen sondern auf die Steigerung der Staatseinnahmen.



„Geldwäsche in reichen Finanzzentren verschärft Probleme in Entwicklungsländern“: Frankfurter Skyline.

### Ist es wichtig, ob sich ein Land in seiner eigenen oder in einer fremden Währung verschuldet?

Ja, und Entwicklungsländer sind fast immer in einer Fremdwährung, typischerweise dem Dollar, verschuldet. Preisschwankungen von Rohstoffen auf dem Weltmarkt können plötzlich zu geringeren Deviseneinnahmen führen, in denen aber die Schulden bedient werden. Außerdem gibt es heftige Wechselkursrisiken. Die Schuldenlast wird schnell untragbar, wenn der Kurs der eigenen Währung sinkt.

### Wenn Geberregierungen fiskalische Stabilität in Entwicklungsländern unterstützen wollen, sollten Sie also Kredite in deren Währungen vergeben und ESG-Standards verbindlich machen. Ist das richtig?

Das wäre jedenfalls schön. Aus meiner Sicht ist am wichtigsten, den Schuldendienst immer von der Leistungsfähigkeit der Entwicklungsländer abhängig zu machen. Eine Obergrenze in Höhe von zehn Prozent der Exporterlöse wäre beispielsweise sinnvoll. So würde verhindert, dass Überschuldung Volkswirtschaften erdrosselt. Eine Regierung im Schuldenstress wird sich immer schwertun, die Kredite

neu zu verhandeln und umzustrukturieren. Besonders private Geldgeber haben daran gar kein Interesse. Die Lage wäre besser, wenn wir ein internationales Rechtssystem für Staatsbankrott hätten. Jede Volkswirtschaft hat für Privatunternehmen solche Regeln, denn sie sind nötig, damit die Zahlungsunfähigkeit einzelner Firmen nicht viele andere mit in den Abgrund reißt. Es ist absurd, dass es so etwas für Staaten nicht gibt. Geberregierungen lehnen solche Konzepte bislang ab. Im Sinne der globalen Finanzstabilität sollten sie ihre Haltung ändern.

### Internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbank haben ESG-Standards. Hilft das?

Wie ich schon sagte, sind nur rechtlich bindende und durchsetzbare Standards wirklich wirksam. Wo Institutionen schwach sind, wird Fehlverhalten nicht bestraft. Letztlich müssen die Behörden von Entwicklungsländern für Gesetzeinhaltung sorgen. Die Regierungen müssen den Ehrgeiz haben, dass zu schaffen.

### In welchem Maß unterscheidet sich die Kreditvergabe-Politik Chinas von der etablierter Geber?

Darauf gibt es keine pauschale Antwort. Es gibt auch wenig Transparenz. Einige afrikanische Länder haben hohe Schulden aufgetürmt, aber wir wissen nicht um wie viel Geld es geht, welche Konditionen gelten und wie Restrukturierungsverhandlungen laufen. Wir wissen aber, dass China durchaus auf Forderungen der Partner eingeht. Manche afrikanische Länder akzeptieren, dass chinesische Firmen 1000 Mitarbeiter ins Land bringen, um Infrastruktur zu bauen. Andere tun das nicht. Einige betreiben jetzt zusammen mit chinesischen Partnern Berufsbildung, um Afrikaner für diese Arbeiten zu qualifizieren. Wenn eine nationale Regierung am Steuer sitzen will, kann sie das tun. Es ist nicht Chinas Aufgabe, Afrika zu entwickeln, das ist auch nicht die Aufgabe westlicher Geber. Es ist die Aufgabe afrikanischer Regierungen. Wichtig ist, dass Letztere eine klare und umfassende Entwicklungsstrategie verfolgen.



**DEREJE ALEMAYEHU**  
ist der exekutive Koordinator der nichtstaatlichen Global Alliance for Tax Justice.  
[dereje@globaltaxjustice.org](mailto:dereje@globaltaxjustice.org)

## Unterhohlte SDG-Agenda

Bislang haben 42 Staaten von dem Moratorium der Schuldendienste, das die Gruppe der 20 größten Volkswirtschaften (G20) beschlossen hat, Gebrauch gemacht. Wie die Financial Times Mitte September berichtete, geht die Weltbank davon aus, gemeinsam hätten sie etwa 5,3 Milliarden Dollar einbehalten, was etwa der Hälfte der erwarteten Summe entspräche.

Weltbankprasident David Malpass äußerte sich enttäuscht darüber, dass private Geldgeber sich der G20-Initiative nur sehr langsam anschlossen. Er warnte, der Schuldendienst koste Staaten Geld, das

diese dringend für Gesundheits- und Bildungswesen bräuchten. Er wolle ein weiteres „verlorenes Jahrzehnt“ verhindern.

In der Fachwelt steht dieser Begriff für die berschuldungsbedingte Stagnation vieler afrikanischer und lateinamerikanischer Volkswirtschaften in den 1980er und 1990er Jahren. Beobachter warnten schon vor dem Covid-19-Ausbruch vor erneuter Überschuldung. Die Krankheit belastet nun Staatshaushalte zusätzlich, weil Steuereinnahmen ausfallen, während zusätzliche Ausgaben nötig werden.

Das G20-Schuldendienstmoratorium hilft, aber es vertagt Zahlungsprobleme nur. Nächstes Jahr muss wieder Geld an öffentliche Gläubiger fließen – oder vielleicht auch später, wenn das Moratorium noch mal verlängert wird, was generell erwartet wird.

Die Position der Geberregierungen und der multilateralen Finanzinstitutionen, in denen sie den Ausschlag geben, ist allerdings schwächer als früher. Das liegt an der enorm gestiegenen Kreditvergabe von Schwellenländern – insbesondere China – aber auch privaten Gläubigern. Angesichts niedriger Zinsen in reichen Ländern suchen letztere ertragreichere Anlagemöglichkeiten in Entwicklungsländern.

Zivilgesellschaftliche Organisationen weisen darauf hin, dass Schuldenprobleme Regierungen vieler Länder daran hindern, in ausreichendem Maß in die Erreichung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) zu investieren. Manche fordern ein internationales Staatsinsolvenzrecht, um berschuldungsprobleme systematisch zu lösen (siehe Hans Dembowski im Monitor des E+Z/D+C e-Papers 2020/03). Geberregierungen wollen das nicht – und auch Malpass spricht sich nicht dafür aus. Was Schuldendienste und SDG-Ausgaben angeht, klingt er aber mittlerweile ähnlich wie zivilgesellschaftliche Akteure.

E+Z/D+C



**Weltbank-Präsident David Malpass und der französische Präsident Emmanuel Macron haben sich für großzügige Schuldenpolitik ausgesprochen. Dieses Bild wurde im Mai 2019 in Paris aufgenommen.**

ENTWICKLUNGSKREDITE

## Auf Schuldenqualität achten

**Länder mit niedrigen Einkommen brauchen in der Covid-19-Pandemie Unterstützung. Die internationale Staatengemeinschaft reagiert bereits mit zusätzlichen Darlehen, der Aussetzung des Schuldendienstes und sogar dem Ruf nach Schuldenerlass. Geld ist aber keine Lösung. Entscheidungsträger müssen auf die Qualität von Schulden achten. Wenn aus früheren Schuldenerlassen keine Lehren gezogen und systemische Schwächen nicht behoben werden, werden Länder ihre Schuldenlast nicht tragen können und in Armut stecken bleiben.**

**Von Leny van Oijen und Christian Penda Ekoka**

Kürzlich noch war die Verschuldung von Ländern mit niedrigen Einkommen ein heißes Thema. Anfang 2020 stritten sich die Präsidenten von Weltbank und Afrikanischer Entwicklungsbank noch über die Rolle ihrer Institute angesichts der wachsenden Schuldenlast in Afrika. Covid-19 hat die internationale Debatte aber komplett verändert. Internationale Finanzinstitutionen und andere haben ihre Kreditvergabe gesteigert, um Ländern mit niedrigen Einkommen in der Krise zu helfen.

Die Gruppe der 20 größten Volkswirtschaften (G20) zeigt sich wegen der Pandemie mit Blick auf Schulden großzügig. Sie beschloss, den Schuldendienst der Niedrig-Einkommens-Länder ein Jahr lang

auszusetzen. Diverse Spitzenpolitiker und Amtsträger haben sich für noch radikalere Schritte ausgesprochen. So empfahl der französische Präsident Emmanuel Macron im April 2020 umfangreiche Schuldenerlasse. Später erklärte Weltbank-Präsident David Malpass, dies sei der einzige Weg, Armutsfallen zu vermeiden.

Wir sagen dagegen, dass die aktuelle Kreditschwemme Probleme verschärfen wird. Sicherlich ist wegen der ungewöhnlichen Pandemie internationale Solidarität geboten. Schwache Volkswirtschaften brauchen Geld und Hilfsmaterialien. Wir dürfen aber die ständig wachsenden Schuldenberge von immer mehr Ländern nicht ignorieren. Dass steigende Kreditvergabe fundamentale Probleme löst, ist ein Irrglaube.

Üblicherweise wird die Schulden-situation in Ländern mit niedrigen Einkommen mit quantitativen Daten wie etwa der Relation der Schulden zur Wirtschaftsleistung oder dem Exportvolumen analysiert. Zwei qualitative Indikatoren verdienen ebenso Beachtung:

- die Schuldenwirksamkeit (in welchem Maß wird das erwünschte Ziel erreicht?) und
- die Schuldeneffizienz (der Mehrwert pro geliehenem Dollar).

Wenn beide Indikatoren nur mittelmäßig ausfallen, wurden Mittel offensichtlich vergeudet. Sollten dabei kleptokratische Staatsapparate Geld veruntreut haben,

trüge das zur Toxizität der Staatsschulden zusätzlich bei.

Derartige landesspezifische Daten existieren. Sie sind Teil der Kreditberichterstattung – und sollten weitere Entscheidungen über Darlehen oder Schuldenerlass beeinflussen. Im Fall von klaren Fehlschlägen oder offensichtlicher Veruntreuung ist pauschaler Schuldenerlass nämlich nicht hilfreich, sondern schädlich.

Viele Niedrig-Einkommens-Länder haben von früheren Schuldenerlassen profitiert. Zu nennen ist besonders die Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative, die 1996 lanciert wurde. 37 Ländern (davon 31 in Afrika) wurden Schulden ganz oder teilweise erlassen. Das Gesamtvolumen betrug 100 Milliarden Dollar. Im Gegenzug mussten die betroffenen Länder wirtschaftliche und soziale Strukturreformen durchführen. Verantwortungsvolles Schuldenmanagement sollte künftige Überschuldung verhindern.

Zwei Jahrzehnte später wissen wir, dass sich weder Kreditgeber noch Kreditnehmer daran gehalten haben. Pauschaler Schuldenerlass ändert aber nichts an den grundsätzlichen Problemen der betroffenen Länder. Folglich trägt er auch nicht dazu bei, Armut- und Schuldenfallen zu vermeiden.

Die eigentliche Aufgabe besteht darin, die Wertschöpfung voranzubringen, damit Volkswirtschaften wettbewerbsfähig, robust und sozial inklusiv werden. Geld allein reicht nicht. Es hat in der Vergangenheit nicht zu guter Amtsführung, kompetenter Führung und leistungsfähigen Institutionen geführt – und es gibt keinen Grund, weshalb das künftig anders sein sollte. Es ist Anlass zur Sorge, dass Spitzenleute der globalen Wirtschaftspolitik glauben, nur systemische Schuldenreduzierung könne wieder zu Wachstum führen und Armut verhindern.



**LENY VAN OIJEN**  
ist unabhängige  
Entwicklungsgutachterin.

[enterpriseconsulting@gmail.com](mailto:enterpriseconsulting@gmail.com)



**CHRISTIAN PENDA EKOKA**  
ist Geschäftsführer von  
Insight BDS (Business  
Development Service).

[christian.pendaekoka@insightbds.com](mailto:christian.pendaekoka@insightbds.com)

PRIVATBANKEN

# Kein Geld für Kohle

Durch die Finanzierung der Kohle-, Öl- und Gaswirtschaft tragen Banken stark zum Klimawandel bei. Eine aktuelle Studie untersucht die Geldflüsse großer Privatbanken – und zeigt auf, was sie tun müssen, um zum Erreichen des 1,5-Grad-Ziels beizutragen.

Von Katja Dombrowski

Um die Erderhitzung auf 1,5 Grad zu begrenzen, wie im Pariser Klimavertrag vereinbart, dürfen keine zusätzlichen Kohle-, Öl- und Gasvorkommen ausgebeutet werden. Denn die Verbrennung der fossilen Ressourcen, die jetzt schon erschlossen sind, führt bereits dazu, dass das verbliebene Kohlenstoff-Budget überschritten wird. So steht es im Sonderbericht des Weltklimarats von 2018 zum 1,5-Grad-Ziel (s. Lea Diehl und Sabine Balk in E+Z/D+C e-Paper 2018/12, Monitor).

Die Studie „Banking on climate change 2020“, die den Einfluss privater Banken auf den Klimawandel untersucht, zieht daraus den Schluss, dass es keine Finanzierung neuer fossiler Projekte mehr geben darf. Dennoch passiert das weiterhin in großem Stil: Die 35 untersuchten Privatbanken aus China, Europa, Japan, Kanada und den USA steckten demnach in den vier Jahren seit Verabschiedung des Pariser Abkommens (von 2016 bis 2019) insgesamt 2,7 Billionen Dollar in fossile Energien. Jedes Jahr sei mehr Geld geflossen als zuvor. Das meiste

kam der Studie zufolge von den US-Banken JPMorgan Chase, Wells Fargo, Citi und Bank of America. Die kanadische Bank RBC landete auf Platz fünf. In Europa führt Barclays die Liste der Fossilfinanzierer an, in Japan ist es MUFG und in China die Bank of China.

Die Autoren sehen aber auch Fortschritte. So hätten mittlerweile 26 der 35 untersuchten Banken Richtlinien zur Einschränkung der Kohlefinanzierung, 16 Geldhäuser beschränkten außerdem die Finanzierung bestimmter Bereiche der Öl- und Gaswirtschaft. Verwunderlich sei das nicht – schließlich gehe es im globalen Finanzsystem stets um Risiko und Rendite. „Und kein Risiko für die Profite einzelner Unternehmen und des Finanzsystems als Ganzem ist größer als das, das die Klimakrise mit sich bringt.“ Zum finanziellen Risiko komme noch das Reputationsrisiko hinzu: Immer mehr Kunden und Bankmitarbeiter wollten nicht an der Finanzierung der Zerstörung der Erde beteiligt sein.

Richtlinien zur Beschränkung der Fossilfinanzierung sind der Studie zufolge eine Grundvoraussetzung – aber bisher viel zu schwach. Das zeige das Beispiel der französischen Bank BNP Paribas: Sie habe sich selbst mit die strengsten Vorgaben aller untersuchten Banken gegeben und dennoch ihre Kohlefinanzierung im vergangenen Jahr verdoppelt. Insgesamt gehe die Kohlefinanzierung weltweit zwar langsam zurück.

Sie werde aber durch die zunehmende Finanzierung der Öl- und Gaswirtschaft mehr als überkompensiert.

Unterm Strich bescheinigt der Bericht dem Privatbankensektor „extreme Verantwortungsllosigkeit“ in Bezug auf die Klimakrise. Der wachsende Druck, auch durch Bewegungen wie Fridays for Future, könne dazu führen, dass der Höhepunkt des Geldflusses in die Fossilwirtschaft bald ihren Höhepunkt erreichen wird. Ein Stagnieren auf hohem Niveau oder ein langsamer Rückgang reichten aber nicht aus, nötig sei vielmehr eine rapide und anhaltende Abnahme der Finanzierung, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Die Autoren fordern die Banken dazu auf:

- die Bedeutung der fossilen Energiewirtschaft als Hauptverursacher des Klimawandels sowie die Rolle der Banken als ihr Geldgeber explizit anzuerkennen,
- jegliche Finanzierung von neuen fossilen Projekten einzustellen und von Unternehmen, die die Ausbeutung fossiler Energien und die entsprechende Infrastruktur (wie Kraftwerke und Pipelines) ausbauen,
- die Finanzierung bestehender fossiler Projekte und Infrastruktur anhand eines konkreten Zeitplans auslaufen zu lassen, der dem 1,5-Grad-Ziel entspricht,
- die Finanzierung von Projekten und Unternehmen auslaufen zu lassen, die Öl aus Teersand gewinnen, Öl oder Gas in der Arktis oder offshore fördern oder durch Fracking gewinnen, Flüssigerdgas herstellen, Kohle fördern oder Kohlestrom produzieren, und
- alle Menschenrechte vollständig zu respektieren, vor allem die Rechte indigener Völker einschließlich ihrer Wasser-, Land- und Mitbestimmungsrechte, und jegliche Finanzierung von Projekten und Unternehmen einzustellen, die diese Rechte missachten.



Demonstration gegen die Finanzierung fossiler Energien in Frankreich 2019.

LINK

Rainforest Action Network, 2020: Banking on climate change. Fossil fuel finance report 2020. [https://www.ran.org/wp-content/uploads/2020/03/Banking\\_on\\_Climate\\_Change\\_2020\\_vF.pdf](https://www.ran.org/wp-content/uploads/2020/03/Banking_on_Climate_Change_2020_vF.pdf)



**KATJA DOMBROWSKI**  
ist Redakteurin von E+Z  
Entwicklung und Zusammenarbeit/D+C Development and Cooperation.

euz.editor@dandc.eu

## Coronakrise

Da E+Z/D+C vorrangig dauerhaft relevante Themen behandelt und nicht aktuell Bericht erstattet, waren wir auf Covid-19 noch weniger vorbereitet als andere. Wir haben aber auf [www.dandc.eu](https://www.dandc.eu) ein Tagebuch eingerichtet, in dem Autoren von bislang vier Kontinenten über die Pandemie geschrieben haben. Hier folgen einige aktuelle Einträge. Da der Sachstand sich schnell ändern kann, ist das Erscheinungsdatum auf der Website maßgeblich.

Unser Web-Tagebuch: <https://www.dandc.eu/node/4306>



22. SEPTEMBER 2020

## Lernstopp für Millionen

**Hunderte Millionen Kinder waren durch die Schul- und Kindergartenschließungen wegen der Covid-19-Pandemie von Bildung ausgeschlossen. Zwar haben die meisten Länder Programme für Fernunterricht entwickelt, doch viele Mädchen und Jungen konnten nicht daran teilnehmen. UNICEF fordert, die Konzepte zu verbessern und auszubauen.**

Von Claudia Isabel Rittel

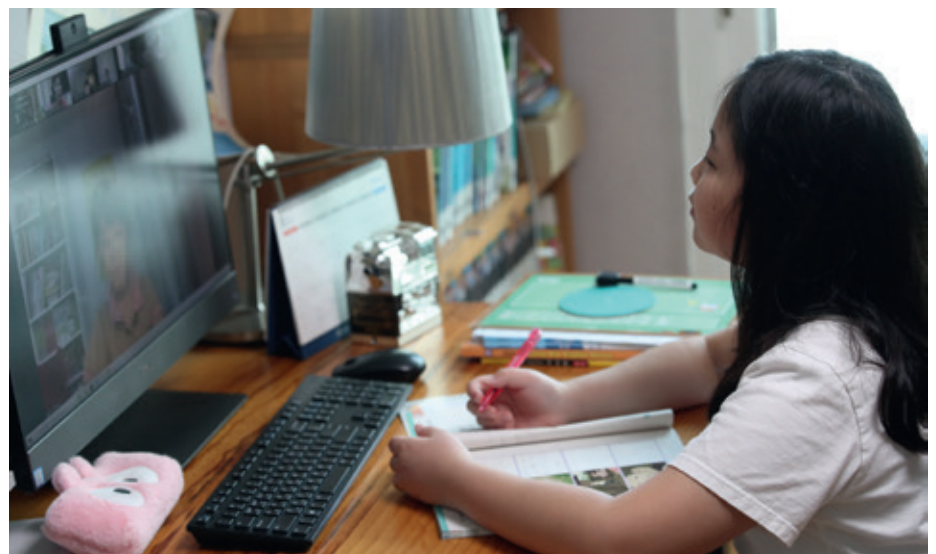
Die Schul- und Kindergartenschließungen aufgrund der Corona-Pandemie haben weltweit 1,5 Milliarden Kinder und Jugendliche betroffen. Das zeigt eine Studie des UN-Kinderhilfswerks UNICEF. Demnach waren mindestens 463 Millionen Mädchen und Jungen, die bis zur Krise in eine Schule oder einen Kindergarten gingen, von staatlichen Bildungsprogrammen ausgeschlossen. Zwar haben laut UNICEF weltweit 94 Prozent der Länder Konzepte für Fernunterricht entwickelt, wobei ärmere Länder mehr auf Radio als Übertragungsweg gesetzt haben und reichere Länder eher auf Fernsehen und Internet. Diese Programme erreichten jedoch rund 30 Prozent der Kinder und Jugendlichen nicht.

Fast die Hälfte von ihnen waren Vorschulkinder. 40 Prozent der Länder haben

für diese Gruppe laut UNICEF keine Angebote gemacht. Das sei nicht nur im Sinne der Kinder ein Versäumnis, sondern auch volkswirtschaftlich. Denn jeder in Vorschulbildung investierte Dollar zahle sich neunfach gesellschaftlich aus – etwa, weil dadurch weniger Schülerinnen und Schüler Klassen wiederholen müssten oder die Schule früh-

zeitig abbrechen. Zudem habe die frühkindliche Bildung einen großen Einfluss auf das individuelle Lebensinkommen. Je älter die Lernenden waren, desto mehr Angebote gab es für sie und desto besser ausgestattet waren die Haushalte auch mit Medien. In der Sekundarstufe II konnten weltweit theoretisch 82 Prozent der Schülerinnen und Schüler erreicht werden.

Drei Viertel der Ausgeschlossenen lebt auf dem Land. Das gilt in reichen wie in armen Ländern, allerdings ist in Letzteren der Gesamtanteil derjenigen ohne Zugang zu den Programmen höher. In Subsahara-Afrika etwa liegt er bei rund 50 Prozent.



Das Lernen zu Hause erfordert entsprechende Angebote und technische Ausstattung: Schülerin beim Online-Unterricht in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul.

Angenähert haben sich die Autoren dem Thema über zwei Fragen: nach den staatlichen Programmen und nach der technischen Ausstattung. Für Erstere nutzten sie eine von UNICEF, UNESCO und Weltbank durchgeführte Umfrage aus den Monaten Mai, Juni und Juli, für Letztere griffen sie auf Haushaltsumfragen zurück.

Die Studie hat nur den potenziellen Zugang zu Fernunterricht ermittelt, nicht die tatsächliche Teilnahme. Die Autoren vermuten deshalb, dass die Zahl der Mädchen und Jungen, die de facto nicht erreicht wurden, weitaus größer ist. Dennoch sollten die

in der Pandemie entwickelten Konzepte laut UNICEF ausgebaut und weiterhin eingesetzt werden. Das könne Schulsysteme stärken und auch einem Teil der 258 Millionen Kinder Bildung ermöglichen, die bislang keine Schule besuchen. Fernunterricht müsse so konzipiert sein, dass er für alle zugänglich ist. Zugleich müssten die Infrastruktur modernisiert und Lehrende und Eltern geschult werden. Wo es noch keine Fernunterricht-Programme für Vorschüler gibt, sollten diese erarbeitet werden. Das habe einen enormen Einfluss auf die Bildungskarriere der Kinder, argumentiert UNICEF.

**LINK**

Unicef, 2020: Covid-19: Are children able to continue learning during school closures?  
[https://weshare.unicef.org/archive/RemoteLearningFactsheet\\_FINAL-2AM408PZYD7C.html](https://weshare.unicef.org/archive/RemoteLearningFactsheet_FINAL-2AM408PZYD7C.html)



**CLAUDIA ISABEL RITTEL**  
 ist Redakteurin bei der  
 Frankfurter Rundschau.

[info@claudia-isabel-rittel.de](mailto:info@claudia-isabel-rittel.de)

20. SEPTEMBER 2020

# Leiden im informellen Sektor

**Ben Tembo verdient normalerweise seinen Lebensunterhalt mit dem Verkauf gebrauchter Kleider in Sambias Hauptstadt Lusaka. Diese informelle Branche heißt „Salaula“. Die Covid-19-Pandemie macht ihr arg zu schaffen.**

Von Derrick Silimina

Das Problem ist, dass die Salaula-Ware überwiegend aus Altkleidern von Menschen aus reichen Ländern besteht. Diese werfen alte Hosen, Hemden und Pullover nicht einfach weg, sondern reichen sie an wohlthätige Organisationen weiter, die sie dann an Exporteure weiterverkaufen. Solche Second-Hand-Kleidung kommt aber wegen der coronabedingt geschlossenen Grenzen nicht mehr in Sambia an.

Tembo sagt, viele Händler hätten bereits aufgegeben. Er macht sich Sorgen: „Wie sollen wir zahlungsfähig bleiben, wenn die globale Pandemie anhält?“

Laut einem Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO) von 2018 beschäftigt der informelle Sektor Sambias fast 90 Prozent der Erwerbstätigen. Informeller Sektor bedeutet, dass Unternehmen nicht amtlich gemeldet sind, keine Steuern zahlen und kaum staatlichen Regeln unterliegen. Soziale Sicherung gibt es nicht. Die Lage ist in vielen

Ländern südlich der Sahara ähnlich. Kleinbauern, Einzelhändler und auch der Großhandel arbeiten typischerweise informell.

Maßnahmen, welche die Ausbreitung von Covid-19 verhindern sollen, treffen sie oft hart. Die Geschäftstätigkeit wird erschwert oder sogar unmöglich gemacht, so dass viele Menschen ohne den täglichen Verdienst auskommen müssen, von dem sie und ihre Familien abhängen.

Deshalb arbeiten die Menschen nach Möglichkeit weiter. Gertrude Mbao ist ein Beispiel. Sie hat Angst, sich zu infizieren, denn sie steht morgens früh um vier auf, um

auf dem quirligen Großmarkt das Gemüse zu besorgen, das sie dann tagsüber als Einzelhändlerin verkauft. Auch der Kontakt mit Kunden geht mit Infektionsrisiken einher. „Ich hab keine Wahl“, sagt sie, „ich muss trotz Covid-19 den Laden am Laufen halten.“ Anders könne sie ihre Kinder nicht ernähren.

Manche Menschen beneiden Mbao sogar, denn ihre Arbeit gilt als unverzichtbar und läuft weiter. Kneipen und Restaurants mussten dagegen schließen, und die Beschäftigten verloren ihr Einkommen. Erschwerend kommt hinzu, dass Sambia schon vor der Pandemie in einer Wirtschaftskrise steckte – mit steigenden Staatsschulden, verfallender Währung und anziehender Inflation. Zusätzlich bremsen nun Lockdown-Maßnahmen sowie die Angst vor Ansteckung die Ökonomie.

Jack Zulu betreibt einen Schnapsladen in der Nähe eines großen Busbahnhofs.



**Vor der Pandemie: kleines Geschäft in Mongu, Sambia.**

Sein Geschäft ist nicht geschlossen, aber dennoch quasi ruiniert. „Mein Lebensunterhalt ist schwer beeinträchtigt worden“, sagt er. Früher habe er an guten Tagen den Gegenwert von 250 Dollar eingenommen, jetzt sei er froh, wenn ihm das im gesamten Monat gelinge.

Covid-19 breitet sich unterdessen in Sambia weiter aus. Laut Gesundheitsministerium wurden bis zum 7. September fast 13000 Infektionen gezählt. Knapp 300 Patienten seien gestorben. Viele Menschen den-

ken jedoch, dass das wirtschaftliche Leid, welches Schutzmaßnahmen verursacht haben, in keinem sinnvollen Verhältnis zu den Gesundheitsrisiken steht.

Das Jesuit Centre for Theological Reflection (JCTR) hat die Regierung aufgefordert sicherzustellen, dass armen Haushalten nicht wegen Schutzmaßnahmen das Verhungern droht. Diese katholische Einrichtung betreibt Forschung, Bildung und politische Öffentlichkeitsarbeit, um in Sambia und Malawi soziale Gerechtigkeit zu

fördern. Die Regierung steht vor der Aufgabe, Gesundheitsschutz und Wirtschaftspolitik stimmig auszubalancieren – und das ist angesichts leerer Staatskassen eine riesige Herausforderung.



**DERRICK SILIMINA**  
ist freiberuflicher Journalist in Lusaka, Sambia. Seine Themen sind Landwirtschaft und Nachhaltigkeit.

[derricksilimina@gmail.com](mailto:derricksilimina@gmail.com)

10. SEPTEMBER 2020

## Unzureichende Finanzierung

**Der Bedarf armer Länder an Unterstützung ist durch die Corona-Pandemie massiv gestiegen. Das gilt besonders für Krisenländer. Deutschland und die EU müssen mit ihrer Unterstützung ein klares Signal für Solidarität setzen.**

Von Veronika Ertl

Im Zuge der Corona-Pandemie ist der Bedarf an humanitärer und Entwicklungshilfe weltweit stark gestiegen. Vor allem Konfliktländer wie Syrien, Libyen und der Jemen, die schon vor Covid-19 unter humanitären Krisen litten, sind jetzt mehr denn je auf internationale Unterstützung angewiesen. Dementsprechend haben die UN mit dem Global Humanitarian Response Plan (GHRP) den größten Hilfsaufruf ihrer Geschichte gestartet – sein Bedarf liegt inzwischen bei 10,3 Milliarden Dollar.

Die bisherigen Finanzierungszusagen der internationalen Gemeinschaft sind jedoch unzureichend. Die diesjährigen Geberkonferenzen für Syrien und seine Nachbarländer sowie für den Jemen haben ihre Finanzierungsziele deutlich verfehlt. Im Jemen mussten deshalb seit Mitte April bereits 30 der 41 UN-Hilfsprogramme ihre Arbeit stark einschränken oder sogar einstellen. Auch in Syrien werden viele hilfsbedürftige Menschen nicht mehr erreicht.

Corona hat auch wohlhabende Länder schwer getroffen, und offenbar liegt bei vielen die Priorität in der heimischen

Krisenbewältigung. Im Vergleich zu den beschlossenen nationalen und europäischen Hilfsprogrammen mutet die Unterstützung für Schwellen- und Entwicklungsländer zurückhaltend an. Auch sicherheits- und geopolitische Überlegungen stehen der notwendigen Hilfe in einigen Krisenregionen im Weg. Der schmerzhaft Kompromiss im UN-Sicherheitsrat zur Verlängerung der Crossborder-Resolution, die die grenzüberschreitende Versorgung für Syrien regelt, zeigt dies deutlich auf. Durch die politisch motivierte Blockadehaltung Chinas und Russlands wurden die Zahl der humanitären Zugänge und damit die Möglichkeiten

zur lebensnotwendigen Unterstützung der Bevölkerung weiter eingeschränkt. In Libyen stehen indes das Ringen um eine politische Lösung des Konflikts und die Einhaltung des UN-Waffenembargos im Vordergrund.

Auf der anderen Seite haben sich die humanitären Krisen in Konfliktregionen durch die Pandemie zum Teil drastisch verschlimmert. Das gefährdet die über die vergangenen Jahre und Jahrzehnte hart erkämpften Fortschritte in den Bereichen Armuts- und Hungerbekämpfung sowie Gesundheitsversorgung. Deutschland und die EU tragen hier Verantwortung.

Die Pandemie zeigt wie kaum ein Ereignis unserer jüngeren Geschichte, dass sich in der globalisierten Welt Probleme nur global lösen lassen. Die Weltgemeinschaft ist im Hinblick auf die Bekämpfung des Virus nur so stark wie ihr schwächstes Glied – eine Unterstützung der schwächeren Staaten liegt also auch im Interesse



**Cholera-Patientin im Jemen. Das Land leidet unter mehreren Krisen gleichzeitig.**



Deutschlands und Europas. Multilaterale Organisationen haben dabei eine wichtige Koordinierungsfunktion, ihre Unterstützung ist gerade jetzt unerlässlich.

Trotz aller Schwächen ist auch in der Krise deutlich, dass Deutschland und die EU führende Geber sind. Deutschland schneidet im Vergleich zu anderen Staaten durch rasches Umwidmen von Mitteln und die Mobilisierung zusätzlicher Gelder für

humanitäre und Entwicklungshilfe relativ gut ab. Die EU stellt hingegen kaum neue Mittel bereit, sondern steuert überwiegend bestehende Budgets um. Auch Hoffnungen auf mehr Geld für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit im Mehrjährigen Finanzrahmen für 2021 bis 2027 haben sich nicht erfüllt. Dabei ist es in Zeiten der Pandemie wichtiger denn je, dass Deutschland und die EU durch ihre Unterstützung

für Konfliktländer ein klares Signal für Solidarität setzen.



**VERONIKA ERTL**  
ist Referentin für  
Entwicklungspolitik in der  
Hauptabteilung Analyse und  
Beratung der Konrad-

Adenauer-Stiftung.  
veronika.ertl@kas.de

4. SEPTEMBER 2020

## Politische Repression während Lockdown

**Simbabwe ist für autoritäre Regierungsführung bekannt. Präsident Emmerson Mnangagwa versprach vor drei Jahren bei seinem Amtsantritt Besserung, nachdem sein Vorgänger Robert Mugabe gestürzt worden war. Leider hatten westliche Botschaften dennoch kürzlich Anlass, seine Regierung zu ermahnen, Covid-19 nicht zum Vorwand für Menschenrechtsverletzungen zu nehmen.**

Von Jeffrey Moyo

Hopewell Chin'ono hat als Journalist verschiedene Preise gewonnen. Der jüngste



Präsident Emmerson Mnangagwa nimmt Covid-19 ernst und verfolgt auch andere Ziele als die Eindämmung der Pandemie.

Skandal, den er aufdeckte, betraf Simbawes Gesundheitsministerium und die Veruntreuung von Covid-19-Mitteln. Im Juli entließ der Präsident deshalb den Gesundheitsminister. Kurz darauf, am 20. Juli, brach dann aber die Polizei in Chin'onos Haus ein und verhaftete ihn. Es heißt, er habe zu Gewalt aufgerufen, unter anderem weil er trotz Lockdown eine Protestaktion, die für den 31. Juli geplant war, aber nie stattfand, öffentlich unterstützt hatte. Kürzlich wurde er nach 45 Tagen in Haft gegen eine Kaution von 120 Dollar entlassen. Sein Anwalt sagt, er sei krank und brauche medizinische Versorgung.

Andere Oppositionelle haben auch Haftverfahren gesammelt. Jacob Ngarivhume wurde ebenfalls kürzlich gegen Kaution freigelassen. Er hatte die Aktion am 31. Juli organisieren wollen.

Betroffen sind darüber hinaus Cecilia Chimhiri, Netsai Marova and Joana Momombe von der Jugendorganisation der Oppositionspartei MDC Alliance. Sie wurden aus Polizeihaft entführt, verprügelt und – mit mehreren Verletzungen – gleich wieder inhaftiert. Auch ihnen wird vorgeworfen, den Lockdown durch Proteste verletzt zu haben.

Die Regierung behauptet, die Lockdown-Restriktionen dienen der Eindämmung der Pandemie. Politisch aktive Menschen erkennen aber ein dunkleres Motiv. Der prominente Menschenrechtsverteidiger

Owen Dhliwayo sagt, die Regierung nutze das Coronavirus, um die Opposition zu unterdrücken. Die Krankheit schaffe ihr Raum für Menschenrechtsverletzungen.

So sehen das auch Diplomaten aus wichtigen westlichen Ländern. Am 20. August veröffentlichten mehrere Botschaften ein gemeinsames Statement. Es besagt unter anderem: „Covid-19 darf nicht als Entschuldigung für die Einschränkungen fundamentaler Bürgerrechte dienen. Die Presse- und Meinungsfreiheit sowie das Recht, sich zu versammeln, sind allgemein anerkannte Menschenrechte, welche die Verfassung Simbawes garantiert.“ Beteiligt waren Britannien, Kanada, Deutschland, die Niederlande, Norwegen, Polen und die USA.

Simbawes Regierung bestreitet Fehlverhalten, aber ihre Kritiker fühlen sich an die missbräuchliche Gewalt erinnert, welche typisch für die Amtsführung Mugabes war – dem Potentaten, der Simbabwe in die Unabhängigkeit führte, von 1980 bis 2017 regierte und voriges Jahr starb.

Dewa Mavhinga, der für das südliche Afrika zuständige Direktor von Human Rights Watch betont unterdessen, Simbawes Regierung müsse die Vorwürfe ernst nehmen. Er bezeichnet Ermittlungen als unabdingbar.

### LINK

**Gemeinsames Statement der Botschaften:**  
<https://zw.usembassy.gov/joint-statement-from-the-heads-of-missions-of-canada-germany-the-netherlands-norway-poland-the-uk-and-the-usa/>



**JEFFREY MOYO**  
ist Journalist und lebt in  
Harare, Simbawes  
Hauptstadt.  
moyojeffrey@gmail.com

Besuchen Sie  
unsere Website  
unter [www.DandC.eu](http://www.DandC.eu)



www.eundz.eu

**E+Z** ENTWICKLUNG  
UND ZUSAMMENARBEIT

Startseite Newsletter ENZ-Abonnieren Über uns Impressum English

DOSSIERS THEMENFELDER WELTREGIONEN RUBRIKEN AUTOREN ARCHIV BLOG

INFRASTRUCTURE

Clean water in the fight against corona virus

Aktuelles e-Paper



29.09.2020 – von Bernd Böttcher  
**Zivilgesellschaft als Brücke**  
VENRO fordert mehr Beteiligung lokaler Akteure in der AU-EU-Partnerschaft



25.09.2020 – von Jeffrey Mayo  
**Taking cover**  
Zimbabwean women are experiencing a wave of domestic violence



**DOSSIER DES MONATS**

WAS ENTWICKLUNG BEDEUTET